

**11. Sitzung
- Sondersitzung -**

am Mittwoch, dem 20. Mai 2020

Inhalt

**Haushaltsgesetze und Haushaltspläne der
Freien Hansestadt Bremen
für die Haushaltsjahre 2020 und 2021,
Finanzplanung 2019 bis 2023
Mitteilung des Senats vom 19. Mai 2020
(Drucksache 20/394)**

Senator Strehl.....	1334
Abgeordneter Röwekamp (CDU)	1341
Abgeordneter Güngör (SPD)	1348

Abgeordneter Fecker (Bündnis 90/Die Grünen)	1352
Abgeordneter Rupp (DIE LINKE).....	1355
Abgeordneter Prof. Dr. Hilz (FDP)	1360
Abgeordneter Jürgewitz (AfD)	1365
Abgeordneter Beck (AfD)	1366
Abstimmung	1367

Entschuldigt fehlen die Abgeordneten Frau Averwenser, Felgenträger, Flißikowski, Frau Hornhues, Koc, Timke, Frau Wischhusen, Zager.

Präsident Imhoff eröffnet die Sitzung um 10:00 Uhr.

Präsident Imhoff: Die 11. Sitzung der Bürgerschaft (Landtag) ist eröffnet.

Ich begrüße die hier anwesenden Damen und Herren sowie die Zuhörer und die Vertreter der Medien.

Zur Abwicklung der Tagesordnung wurden interfraktionelle Absprachen getroffen, die Sie der digital versandten Tagesordnung entnehmen können.

Zur Abwicklung der Beratungen für den Haushalt 2020/2021 in erster Lesung wurde interfraktionell vereinbart, dass eine verlängerte Redezeit von bis zu 30 Minuten für den ersten Redner je Fraktion vorgesehen ist, die Redezeiten danach richten sich nach der Geschäftsordnung.

Nach der Einbringungsrede des Senators für Finanzen, Dietmar Strehl, erhalten die Redner der Fraktionen in der Reihenfolge CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE und der FDP das Wort. In die Aussprache im Landtag fließt die Debatte über den Stadthaushalt ein, sodass in der Stadtbürgerschaft auf eine Aussprache verzichtet werden kann.

Wird das Wort zu den interfraktionellen Absprachen gewünscht?

Wer mit den interfraktionellen Absprachen einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen.

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) ist mit den interfraktionellen Absprachen einverstanden.

(einstimmig)

Wir treten in die Tagesordnung ein.

Bevor ich den ersten Tagesordnungspunkt aufrufe, begrüße ich auf der Besuchertribüne recht herzlich den Bürgermeister Neuhoff aus Bremerhaven. – Herzlich willkommen hier bei uns.

(Beifall)

**Haushaltsgesetze und Haushaltspläne der Freien Hansestadt Bremen für die Haushaltsjahre 2020 und 2021, Finanzplanung 2019 bis 2023
Mitteilung des Senats vom 19. Mai 2020
(Drucksache [20/394](#))**

Dazu als Vertreter des Senats Herr Senator Strehl.

Wir kommen zur ersten Lesung der aufgerufenen Gesetzesvorlagen.

Die gemeinsame Beratung ist eröffnet.

Als erster Redner erhält das Wort Herr Senator Strehl.

Senator Strehl: Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Senat legt Ihnen heute die Haushaltsentwürfe für die Jahre 2020 und 2021 sowie den Finanzplan 2019 bis 2023 vor. Als Erstes, wie man das so macht bei Haushaltsreden, möchte ich mich bei allen bedanken, die mit ihrem unermüdlichen Einsatz in den letzten Wochen und Monaten dafür gesorgt haben, dass wir heute das umfangreiche Zahlenwerk beraten können. Ein besonderer Dank geht an meine Staatsräte Henning Lühr und Silke Krebs und an den Haushaltsdirektor Holger Duveneck.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Das will ich an der Stelle nicht vergessen: Der Dank geht auch an die vielen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Referaten des Finanzressorts und an alle Beteiligten in den anderen Ressorts, vor allem in der Senatskanzlei. Der Zeitrahmen für das Aufstellungsverfahren war eng und nur mit großem Engagement aller Beteiligten zu schaffen. Dafür möchte ich mich auch im Namen des Senats ganz herzlich bedanken. Wir wissen, was die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter geleistet haben.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Mein Dank gilt aber auch Ihnen. Weil Sie sich verständigt haben, heute in einer Sondersitzung die erste Lesung abzuhalten, haben wir die Chance, mit ausreichender parlamentarischer Beratungszeit zumindest den 2020er-Haushalt vor der Sommerpause zu verabschieden. Vielen Dank Ihnen allen!

Bis hierhin klingt es wie eine ganz normale Haushaltseinbringung. Normal ist aber in diesen Zeiten wenig. Sehr geehrte Damen und Herren, es ist erst zweieinhalb Monate her, dass der Senat Maßnahmen zur Eindämmung von Coronavirusinfektionen beschlossen hat. Ein Thema, das wir uns alle nicht gewünscht haben und ein Thema, das zu meinem Bedauern einen besonders großen Fußabdruck in diesem Bremer Doppelhaushalt hinterlassen wird. Der Coronaausbruch hat uns alle wie ein Blitz aus

heiterem Himmel getroffen. Die notwendigen Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie führen zu erheblichen finanziellen Belastungen in nahezu allen Bereichen unserer Gesellschaft. Sie trifft viele Menschen persönlich hart.

Den Staat trifft diese Krise auf ganz unterschiedliche Art und Weise: Rettungsschirme, Soforthilfen, Schutzausrüstungen, die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung, Steuerausfälle. Der öffentliche Haushalt für dieses Jahr, aber das will ich auch deutlich sagen, auch die Haushalte der kommenden Jahre, werden deutlich von der Coronakrise geprägt. In welchem Umfang lässt sich nur schwer voraussagen. Auch die Auswirkungen für die Europäische Union und die Bundesrepublik Deutschland sind in ihrem Umfang noch längst nicht zu bemessen. Es ist jedoch völlig klar, dass die Folgewirkungen von Corona umfassender und dramatischer sein werden als die der Finanzkrise 2008 und 2009. Was die Folgewirkungen der Finanzkrise für Bremen bedeutet hatte, wissen wir alle.

Ich möchte unterstreichen, dass bei der Folgenbekämpfung der Bund eine wesentliche Verantwortung trägt. Das Land Bremen kann die Folgen der Krisen nicht allein bewältigen. Mir ist es wichtig – das möchte ich nochmals betonen –, dass durch Corona keine Löcher in unsere aktuellen Haushaltsentwürfe gerissen werden. Wir werden zur Bekämpfung der Krise keine der bislang geplanten und gut begründeten Vorhaben der Bremer Regierung aus dem Entwurf streichen. Die umfassenden Maßnahmen sind für eine sozial-ökonomische und ökologisch nachhaltige Entwicklung während und nach der Krise notwendig. Der Virus darf nicht dazu führen, dass die vielen sinnvollen Projekte, Investitionen und Aufgaben der öffentlichen Daseinsvorsorge weggespart werden.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Doch wir brauchen Geld, sehr viel Geld zur Bewältigung der Krise. Wenn wir die zusätzlichen finanziellen Belastungen nicht durch Einsparungen decken, müssen wir eine andere Lösung wählen. Daher schlägt der Senat der Bremischen Bürgerschaft vor, die durch Corona verursachten Mehrkosten mit Hilfe von Krediten zu decken. Sehr geehrte Damen und Herren, an dieser Stelle möchte ich betonen, dass wir uns weiterhin an die in der Landesverfassung verankerte Schuldenbremse halten. Wir werden ganz genau darauf achten, die Verfassung nicht zu verletzen. Das Land Bremen läutet mit dem vorliegenden Haushaltsentwurf keine 180-Grad-Wendung ein.

Die Bremer Schuldenbremse ermöglicht es, in Naturkatastrophen und außergewöhnlichen nicht vom Land verursachten Notsituationen, Kredite aufzunehmen. COVID 19 wird vom Bund und Ländern als eine Naturkatastrophe angesehen – übrigens in großer Einigkeit zwischen den Ländern –, denn die Krankheit führt mangels Immunität in der Bevölkerung und fehlender Impfstoffe zu einer weltweiten Bedrohung für Menschen. Zudem ist als Folge der Epidemie eine außergewöhnliche Notsituation entstanden, soziale Strukturen und Wirtschaftsabläufe sind erheblich durch die präventiven Maßnahmen zur Begrenzung der Epidemie beeinträchtigt.

Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Abgeordnete, ich möchte um eine breite Zustimmung aus diesem Haus für den vorgeschlagenen Umgang mit der Krise werben. Die Feststellung des Ausnahmetatbestandes erfolgt selbstverständlich durch das Parlament. Somit erfordert die vorgeschlagene Kreditaufnahme zur Bekämpfung der Krise Ihre ausdrückliche Zustimmung.

Der Senat möchte aus den erläuterten Gründen folgende Lösungen für die Kosten der Krise in die Bremische Bürgerschaft einbringen. Es soll ein Bremen-Fonds eingerichtet werden, welcher ein Volumen von 1,2 Milliarden Euro enthält, dies entspricht in etwa 20 Prozent der Haushalte von Land und Stadt für 2020. In der gewählten Höhe orientieren wir uns dabei an Bund und an anderen Ländern. Ich weiß, dass es natürlich eine Diskussion über diesen Betrag gibt. In anderen Ländern lesen wir, dass bis zu einem Drittel der regionalen Haushalte zur Eindämmung und Bewältigung der Krise eingeplant sind. Manche planen auch weniger. Wir glauben aber, mit dieser Zahl einen guten Vorschlag gemacht zu haben. In vielen Bundesländern werden übrigens inzwischen auch weitere Nachtragshaushalte auf den Weg gebracht. Wir sind ja besonders betroffen, weil wir jetzt gerade einen Haushaltsentwurf vorlegen, die anderen Länder arbeiten jetzt mit Nachtragshaushalten. Die anderen Länder bringen Nachtragshaushalte ein vor allen Dingen, um ihre Kommunen zu unterstützen. Das werden Sie jetzt auch noch öfter hören, dass Landesminister an dem Thema arbeiten.

Ob die 1,2 Milliarden Euro ausreichend sind, vielleicht auch zu großzügig bemessen sind, oder eine eventuelle Aufstockung notwendig wird, wird sich erst im weiteren Verlauf der Krise abzeichnen. Der Vorschlag, der Ihnen heute vorliegt, sieht weitergehend vor, die Kreditemächtigung mit 900 Millionen Euro für das Land und 300 Millionen Euro für

die Stadt Bremen aufzuteilen. Die Stadt Bremerhaven hat ähnliche Probleme und darum wird dort ebenfalls eine außergewöhnliche Notsituation diskutiert. Die Stadt muss dies gemäß Landesverfassung durch die Stadtverordnetenversammlung feststellen und kann dann gegebenenfalls einen kommunalen Kredit aufnehmen. Bevor der Senat Mittel aus dem Bremen-Fonds ausgeben kann, wird natürlich das Votum des Haushalts- und Finanzausschusses eingeholt. Gleichzeitig kann das Geld nur ausgegeben werden, wenn es zur Bekämpfung der Epidemie und ihre Folgen benötigt wird. Dies bedeutet, dieses Geld soll zur unmittelbaren Krisenbekämpfung, der Verhinderung struktureller Einbrüche in Wirtschaft und Gesellschaft, der Verhinderung sozialer Verwerfungen und der Unterstützung des gesellschaftlichen Neustarts nach der Krise bereitgestellt werden. An diesen Positionen werden wir uns auch messen lassen. Ich will mit Nachdruck an dieser Stelle betonen, dass selbstverständlich an diesen kreditfinanzierten Sonderausgaben immer ein deutliches Etikett hängen muss. Auf dem Etikett steht ausnahmslos und nachvollziehbar Corona, denn kreditfinanzierte Ausgaben können nur dann getätigt werden, wenn sie durch den Ausnahmetatbestand der Schuldenbremse gedeckt sind. Daran werden wir uns halten.

Zur Erhöhung der Transparenz schlagen wir vor, einen neuen Produktplan unter Federführung des Senators für Finanzen im Haushalt zu verankern. Zukünftig werden über den Bremen-Fonds finanzierte Ausgaben im Haushalt gesondert aufgeführt. Dieses Vorgehen hat sich bereits in den vergangenen Haushalten bei der Dokumentation der Kosten für die gestiegene Zuwanderung bewährt. Auf die dabei gewonnenen haushälterischen Erfahrungen wollen wir aufbauen.

Ich möchte Ihnen ein paar Beispiele sagen, was wir jetzt schon unter dem Titel Corona beschlossen haben, die meisten Sachen kennt der Haushalts- und Finanzausschuss jedenfalls: Wir haben die Projekte, die der Bund getragen hat, ja auch in Bremen umgesetzt mit jetzt inzwischen schon über 55 Millionen Euro an Krediten für Unternehmen, aber wir haben auch eigene Sachen gemacht, zum Beispiel haben wir aufgrund der Pandemie einen außergewöhnlichen Bedarf an Schutzausrüstungen, dafür hat der Haushalts- und Finanzausschuss gerade 110 Millionen Euro beschlossen, das war in der vorletzten Woche. Wir haben mit dem Sofortprogramm Digitale Lehre die Digitalisierung der Hochschulen beschleunigt, das ist auch ein Projekt, was ja für die Zukunft auch durchaus sinnvoll ist und was wir ge-

rade aktuell damit finanzieren wollen. Und wir haben zum Beispiel für die Studenten und für die Gesundheitsämter 30 Containment Scouts eingestellt, die jetzt die Arbeit vor Ort machen. Damit haben auch einige Studenten die Möglichkeit, ihre Nebenjobs auszugleichen.

Wir haben auch noch zwei kleinere Sachen, die ich Ihnen sagen möchte, auch das ist ein wichtiger Punkt: Wir haben mit der Soforthilfe für Klein- und Kleinstunternehmen sowie für freischaffende Künstlerinnen und Künstler eine Form der unmittelbaren Hilfe geschaffen, die, glaube ich, auch dankbar angenommen wurde. Wir helfen jetzt den Sportvereinen mit dem Soforthilfeprogramm Sport. Das sind alles Sachen, die wir jetzt im Rahmen berücksichtigt haben, die aber auch noch ausgeschöpft werden können, da wird auch sicherlich noch mehr Geld ausgegeben werden, weil wir natürlich nicht wissen, wie lange die Pandemie noch weiter läuft, das muss man dann sehen. Das aber sind die Punkte, die wir aus dem Coronatopf bezahlen wollen.

Die Coronaepidemie und die Folgen haben auch massive Auswirkungen auf die bremischen Gesellschaften und Beteiligungen. Sie führt zu Einnahmeausfällen, aber auch zu Mehrbelastungen. Beides resultiert aus den akuten Liquiditätsproblemen, die wir kompensieren müssen und auch wollen. Besonders kritisch ist, dass die Coronakrise bereits existierende Notlagen der Gesellschaften verstärkt. So tragen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der GeNo eine besondere Last bei der Krisenbewältigung, aber auch der Flughafen steht still und die BSAG hält ihren Fahrplan auf hohem Niveau bei deutlich niedrigeren Fahrgastzahlen. Die BLG als international agierendes Logistikunternehmen trifft die Krise ebenso hart, sie hat als internationaler Dienstleister, der von weltweiten Produktionen und Handelswegen abhängig ist, die Auswirkungen der Pandemie bereits im Januar zu spüren bekommen.

Meine Damen und Herren, einen weiteren Aspekt will ich hier zumindest noch angesprochen haben. Unsere Verfassung regelt, dass, wenn wir einen Kredit aufnehmen aus der Notfallsituation, wir diesen tilgen müssen, es muss eine Tilgungsregelung beschlossen werden. Wir schlagen vor, ab 2024 den Betrag zu tilgen innerhalb von 30 Jahren. Ich bin gespannt auf die Diskussion hier in der Bürgerschaft, ob das ein guter Vorschlag ist, oder ob er noch verändert wird. Auch darüber kann man natürlich verschiedene Meinungen haben. Wir glauben, es ist ein vernünftiger Vorschlag, der auch im

Namen der Generationengerechtigkeit vertretbar ist. Wir wollen es nicht zu lang machen, aber auch nicht zu umfangreich, weil wir sonst in den nächsten Jahren natürlich Probleme haben, die Haushalte zu finanzieren und sind dann auf diesen Punkt gekommen, den wir Ihnen vorschlagen. Glück haben wir im Moment, dass wir keine zusätzlichen Kosten aus Zinsausgaben haben, das wäre dann ein Zusatzproblem, das haben wir jetzt nicht.

Ich muss es machen und ich will es auch gern machen, im Rahmen dieser Haushaltsdebatte einmal auf einen wichtigen Punkt hinzuweisen, den wir in der letzten Bürgerschaftsdebatte schon als Vorlage hatten, und zwar den Konsolidierungspfad Bremen. Sie hatten einen Bericht vorliegen, der an den Bund geht, das ist der letzte Bericht über zehn Jahre Konsolidierungspfad in Bremen, der sozusagen dazu führt, dass der Bund sagt: Ihr seid euren Weg ordentlich gegangen. Ich will noch einmal daran erinnern: 1,25 Milliarden Euro strukturelles Defizit hatten wir, es wurde Schritt für Schritt abgebaut, es gab von Bund und Ländern dafür 2,7 Milliarden Euro, die letzten 100 kommen jetzt in diesen Tagen und dadurch wurde unsere notwendige Kreditaufnahme verringert. Wir haben in den Verfahren, die Sie ja alle sehr gut kennen, in den letzten Jahren ein ganzes Bündel von Maßnahmen ergriffen, mit denen die Einnahmen gesteigert und Ausgaben gesenkt wurden. Diese Effekte entlasten uns auch in Zukunft um rund 500 Millionen Euro Jahr für Jahr.

Das kann man nachlesen, was das für verschiedene Projekte sind. Ich glaube aber, das ist sehr wichtig für uns als Grundlage für die weitere Arbeit. Mit der Einhaltung dieser Sanierungsvereinbarungen von 2011 wurde die Grundlage für die ab 2020 geltende jährliche Sanierungshilfe in Höhe von 400 Millionen Euro vom Bund geschaffen. Das Vertrauen in unsere Vertragstreue und die Einsicht, dass über eine solche Unterstützung die Schuldenbremse von Bremen auch unter günstigen Bedingungen nicht eingehalten werden kann, führten zu einer für Bremen guten Vereinbarung im Rahmen der Neuordnung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen. Bremen hat immer geliefert. Bund und Länder haben gesehen, dass Bremen Wort gehalten hat.

Sehr geehrte Damen und Herren, auch in diesen unwirklichen Zeiten gilt: Die Konsolidierung der Freien Hansestadt Bremen ist eine große Erfolgsgeschichte, eine große Leistung der letzten Senate

und der Bremischen Bürgerschaft und ganz besonders von Karoline Linnert, der ich an dieser Stelle ausdrücklich danken möchte.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Der Haushalt 2020/2021, den ich heute für den Senat einbringe, sollte erstmals ohne eingeplante Nettokreditaufnahmen auskommen. Sie wissen, die Ereignisse der vergangenen drei Monate haben die Konsolidierungsleistung in den Hintergrund treten lassen, aber wenn Sie erwarten, dass wir nun unsere Vorgehensweise ändern – das tun wir nicht. Die politische Einigung des Senats vom 18. Februar ist und bleibt das grundsätzliche Fundament dieser Haushalte. Die aktuelle Krise bestätigt uns darin, mit dem Haushaltsentwurf die richtigen Schwerpunkte gesetzt zu haben, wir stärken nach Jahren der auszehrenden Personaleinsparungen die Funktionsfähigkeit der Verwaltung, denn wir sehen, wie wichtig auch in solchen Ausnahmesituationen eine gute Verwaltung ist. Wir investieren in die Zukunft, in Digitalisierung, in die Schulinfrastruktur, in den Klimaschutz und in den sozialen Zusammenhalt.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Ohne ein paar Zahlen kommt eine Haushaltseinbringung auch nicht aus, das ist klar. Für die kommenden zwei Jahre werden für das Land Ausgaben in Höhe von 5,7 Milliarden Euro in 2020 und knapp 4,9 Milliarden Euro in 2021 eingeplant. Die 1,2 Milliarden Euro sind in 2020 enthalten. Für die Stadt Bremen stehen zudem 3,4 Milliarden Euro in 2020 und 3,2 Milliarden Euro in 2021 zur Verfügung. Wenn man die Zuweisungen und inneren Verrechnungen herausrechnet, dann haben wir heute ein Ausgabenvolumen von etwa 6,2 Milliarden Euro hier auf dem Tisch liegen für Land und Stadt zusammen.

Sehr geehrte Damen und Herren, Bildung ist und bleibt der zentrale Schwerpunkt der rot-grün-roten Koalition in Bremen und das lässt sich an den Zahlen ablesen. Bereits im Eckwert hatten wir mit insgesamt 125 Millionen Euro erhebliche Mehrausgaben für das schulische Personal vorgesehen. Damit finanzieren wir unter anderem den Einstieg in die A13-Besoldung für Grundschullehrkräfte. Nun stellt der Senat noch weitere 160 Millionen Euro bereit, damit verbessern wir die Situation von Kitas und Schulen im schwierigen Umfeld, entlasten Kita-Leitungen, stärken Schulleitungen und Schulsozialarbeit, wir ermöglichen eine Ausweitung der praxisintegrierten Ausbildung für Erzie-

herinnen und den Ausbau der Qualitätsentwicklung. Eine sehr große Summe für eine wichtige Aufgabe. Ich glaube, das zeigt auch das gute Fundament dieses Haushaltes.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Wir verstetigen mit diesem Haushalt die Handlungsfelder Bürgerservice und sichere und saubere Stadt und damit Services von Bürgerämtern, Ordnungsdiensten und vieles, was auch in der aktuellen Situation besonders wichtig ist. Das Handlungsfeld Digitalisierung steigern wir kräftig, auch mit über 20 Millionen Euro im Jahr. Damit ermöglichen wir Bürgerinnen und Bürgern sowie Unternehmen den Zugang zu vielen digitalen Dienstleistungen auch von zu Hause oder aus dem Büro, von der Geburtsurkunde über die Gewerbebeanmeldung bis zur Kfz-Zulassung. Das haben Sie ja gerade gehört, dass das endlich auf dem Weg ist.

Neu eingeführt haben wir das Handlungsfeld Klimaschutz mit insgesamt 30 Millionen Euro. In zwei Jahren sollen die besten Maßnahmen zur CO₂-Einsparung aus allen Verwaltungsbereichen umgesetzt werden. Angesichts der riesigen Herausforderungen, die wir beim Klimaschutz zu bewältigen haben, ist das sicher eine bescheidene Summe. Sie steht aber ergänzend zu Fördertöpfen und ordnungspolitischen Maßnahmen von Europa und Bund, die nun einmal die entscheidende Rolle spielen.

Neben dem Handlungsfeld nimmt Bremen aber auch seine kommunale Verantwortung beim Klimaschutz wahr. So werden hohe Planungsmittel für die Verkehrswende eingestellt, wir planen die neuen Fahrradbrücken und erhöhen zudem Mittel für den Radverkehr von zwei auf neun Millionen Euro. Wir finanzieren den Ausbau der Straßenbahnlinien eins und acht, sowie die Querverbindung Ost und sichern die BSAG auch in schwieriger Lage ab. Die kommunale Verkehrswende wird damit weiter befördert.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Die rot-grün-rote Koalition steht zu den internationalen Verpflichtungen Deutschlands beim Klimaschutz. Damit Bremen seinen Beitrag hierzu noch besser leisten kann, freue ich mich schon jetzt auf die Ergebnisse der Enquetekommission zum Klimaschutz. Die Empfehlungen der Kommission sollen dann natürlich auch in die künftige Haushaltsplanung einfließen, um die höchste CO₂-Einspa-

rung bei effizientem Mitteleinsatz zu erreichen. Klimaschutz ist auch für den öffentlichen Gebäudebestand ein zentrales Thema. Unsere beiden Gesellschaften BREBAU und GEWOBA haben hohe Beiträge für die energetische Sanierung des Wohnungsbestandes freigegeben und auch schon im letzten Jahr umgesetzt, aber auch wir verstärken die energetische Sanierung mit insgesamt 4,5 Millionen Euro über zwei Jahre und wir werden die Summe im Planungszeitraum auch weiter steigern.

Bei den öffentlichen Gebäuden – und das muss ich natürlich auch hier sagen – haben wir natürlich auch noch eine ganz andere besondere Herausforderung: Wir müssen deutlich mehr Kitas und Schulen bauen, bestehende Einrichtungen müssen wir sanieren, wie müssen umbauen, wir müssen Ganztags schulbetriebe einrichten. Der Senat hat dafür ja die Senatskommission Schule und Kita eingerichtet, die sich mit hohem Arbeitspensum auch darum kümmert.

Wir planen zur Umsetzung der Bildungsbauten viel Geld ein. In der neuen Investitionsplanung sind in den Jahren 2021 und 2020 insgesamt 184 Millionen Euro für Schulen und Kitas vorgesehen. Zudem wurde im Rahmen des Haushaltsabschlusses 2019 eine zusätzliche Sonderrücklage von über 40 Millionen Euro gebildet, die für die Ausfinanzierung der erforderlichen Baumaßnahmen genutzt werden kann. Wir liefern damit zur räumlichen Verbesserung im Bremer Bildungswesen einen wesentlichen Beitrag.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Investitionen gibt es auch in der Freizeitinfrastruktur, für den Erhalt von Spielplätzen stehen mit 2,7 Millionen Euro 30 Prozent mehr Geld zur Verfügung als früher. Dazu kommen 1,5 Millionen Euro für neue Spielgeräte. Die Zuschüsse für die Pflege von Sportanlagen steigen um 300 000 Euro pro Jahr. Mehr wird es für die Sanierung der städtischen Sportstätten geben, für die wir 2021 rund 1,5 Millionen Euro bereitstellen. Zudem sind die Planungsmittel für das Freizeitbad Vegesack und die Mittel für das Westbad enthalten und die Erneuerung des Horner Bades ist in der Umsetzung.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Da wir gerade beim Thema Wasser sind: Große Ausgaben sind für die Investitionsplanung auch im Bereich der Häfen geplant. Der Ersatz der Kaje 66 mit einem Volumen von 18 Millionen Euro, der Neubau der Columbuskaje mit rund 78 Millionen

Euro, der Neubau der Nordmole inklusive Zufahrt zur Fischereihafenschleuse mit 25 Millionen Euro, die Investitionen alle in Bremerhaven, die sich für das ganze Land aber rechnen werden.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE – Abgeordneter Günthner [SPD]: Das sind unsere!)

Das sind unsere Häfen, ich weiß. Es ist aber für das ganze Land sehr gut.

(Abgeordneter Günthner [SPD]: So sehe ich das auch!)

Sehr geehrte Damen und Herren, investieren wollen wir auch in andere Bereiche, zum Beispiel in neue kluge Köpfe in der Landesverwaltung. Der Stellenabbau während der Sanierungsphase wird beendet. Die PEP-Quote hat ausgedient. Die erfolgreiche Konsolidierung gibt uns nun die Möglichkeit, das dafür nötige Personal einzustellen. So können wir in der Kernverwaltung bis 2021 rund 670 zusätzliche Stellen schaffen und rund 500 weitere Stellen, die zuvor temporär finanziert waren, verstetigen. Dazu gehören zum Beispiel dieses Jahr 100 und nächstes Jahr weitere 100 neue Stellen für Lehrpersonal.

Wir schaffen 77 Stellen zur Umsetzung des neuen Bundesteilhabegesetzes, mit denen wir rund 4 500 Menschen mit Behinderungen in Bremen besser unterstützen können. 78 Stellen werden in der Justiz dauerhaft finanziert, darunter finden sich eine Verstetigung von 15 Stellen am Landgericht und die Finanzierung der zusätzlichen Kammer des Verwaltungsgerichtes für die nächsten zwei Jahre. Eine wichtige Entscheidung, dient diese doch zum Abbau der nachlaufenden Asylverfahren.

Bei der Polizei und dem Ordnungsdienst werden 60 neue Stellen eingerichtet, 200 Polizeianwärterinnen und -anwärter werden eingestellt. Zusätzlich wird die Ausbildung an der Hochschule für öffentliche Verwaltung, dem AFZ und der Verwaltungsschule mit 23 neuen Lehrkräften unterstützt. Das ist noch lange nicht alles: 19 Stellen werden zur sozialräumlichen Weiterentwicklung des Jugendamtes geschaffen, 17 für die Digitalisierung an Schulen, und den Datenschutz werden wir auch fördern, gerade den Datenschutz in privaten Unternehmen, dafür brauchen wir Stellen zur Überprüfung.

Sehr geehrte Damen und Herren, mir ist Transparenz sehr wichtig. Darum möchte ich darauf hinweisen, dass wir einen Teil dieses zusätzlichen Per-

sonals aus Entnahmen aus der Anstalt für Versorgungsvorsorge finanzieren. In der Anstalt wurden Rentenbeiträge von seit Mitte der 2000er Jahre beamteten Lehrkräften eingespart. Diese Mittel sollten gut angelegt werden und einen Beitrag zum Haushalt zur Finanzierung deren späteren Pensionslasten erbringen, ein Modell, das durchaus gut funktioniert hat in den letzten zehn Jahren. Vielen Dank an meine Vorgänger, die diesen Schatz gehütet haben.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Es war übrigens Herr Nußbaum, glaube ich, der das eingerichtet hat. Das mit der guten Anlage hat sich inzwischen natürlich erledigt. Die Zinssituation bemerkt auch die Anstalt für Versorgungsvorsorge. Wir haben auch zusätzlich festzustellen, dass die Pensionslasten der Freien Hansestadt Bremen den Höhepunkt erreicht haben, das geht jetzt langsam wieder leicht abwärts. Wir haben uns darum entschieden, das bisherige Vermögen nicht einfach weiter liegen zu lassen, sondern mit einem Teil dieser Summe auch Pensionslasten zum Beispiel der GeNo zu übernehmen und auch einen Teil für neues Personal, was ich gerade aufgezählt habe, auch zur Finanzierung heranzuziehen. Wir sind überzeugt, dass es für die Zukunft unseres Landes die richtige Entscheidung ist, damit zentrale Zukunftsinvestitionen im Personalhaushalt zu finanzieren.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Sehr geehrte Damen und Herren, es gibt noch viele weitere Projekte aus diesem ersten rot-grün-roten Haushalt in Bremen, die ich nur kurz erwähnen will, zum Beispiel im Bereich des sozialen Zusammenhalts. Wir stellen für ein besseres Zusammenleben in Stadtteilen und Quartieren 2,7 Millionen Euro zusätzlich zur Verfügung. Dazu gehören zum Beispiel das Programm „Wohnen in Nachbarschaften“ und die offene Jugendarbeit. Für das Landesprogramm „Lebende Quartiere“ sind darüber hinaus weitere zwei Millionen Euro pro Jahr vorgesehen. Wir stärken die Wohnraumförderung, fördern ein Hebammenzentrum und regionale Gesundheitszentren und werden den Verbraucherschutz verbessern. Für Abhängige von Suchtmitteln werden wir einen Drogenkonsumraum einrichten. Mehrere Millionen Euro zusätzlich gibt es auch für arbeitsmarktpolitische Programme wie die Fortsetzung des LAZLO-Programms für Langzeitarbeitslose, für die Integration von Alleinerziehenden in den Arbeitsmarkt oder für Aufstiegsfortbildungen für

Nachwachskräfte, um dem Fachkräftemangel zu begegnen.

Für einen Euro ins Freibad – das ermöglichen wir Kindern und Jugendlichen bis 16 Jahre. Unter anderem dafür unterstützen wir die Bäder GmbH mit zusätzlich einer Million in 2020 und 3,3 Millionen Euro in 2021. Erfreulich ist auch die größte Erhöhung des Kulturretats in den letzten 20 Jahren, neben Tarifsteigerungen und Sondermittel für Honorarkräfte gibt es zudem eine Erhöhung im Grundetat von rund fünf Millionen Euro jährlich. So sichern wir die Vielfalt des bremischen Kulturangebots und eröffnen auch den Einrichtungen und Kulturschaffenden bessere Perspektiven.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Im Bereich Wissenschaft wird mit diesem Haushalt der Einstieg in die Umsetzung des Wissenschaftsplans ermöglicht. Wir werden wichtige Bauvorhaben im Bereich von Hochschulen und Wissenschaftseinrichtungen vorantreiben, so zum Beispiel das Hörsaal- und Veranstaltungszentrum an der Universität, die Unterbringung des Leibniz-Zentrums für Marine Tropenforschung und der Weiterbau des Zentrums für Tiefseeforschung. Schließlich ist hervorzuheben, dass Bremen bei den wirtschaftspolitischen Maßnahmen auch unabhängig von Corona wichtige Impulse setzen wird. Ich habe die Hafeninfrastruktur schon genannt, wir werden aber auch die Beratungsangebote zur Digitalisierung ausbauen, wir verzahnen die Förderungen von Existenzgründungen, Innovationsklassen und Schlüsseltechnologien noch enger. Wir haben als Beispiel die Wasserstoffstrategie – ich glaube, da sind wir uns alle hier im Hause einig – oder den Food Hub im Cluster Nahrungs- und Genussmittel. Geplante Maßnahmen zum Standortmarketing und Tourismus werden in der Zeit nach Corona hoffentlich dann auch ihre Wirkung entfalten.

Alle diese Punkte sind wichtige Bausteine und sie zeigen, wie sehr es gelungen ist, gute Entscheidungen für Gegenwart und Zukunft zu treffen. Dies alles verdient auch hier seine ausdrückliche Erwähnung und darf nicht einfach aufgrund der aktuellen Herausforderungen durch die Pandemie in den Hintergrund rücken.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Ich muss natürlich auch über die Steuerschätzung sprechen. Sie haben die Ergebnisse in der letzten Woche erfahren. Es ist ein sehr unerfreuliches Ergebnis, vor allen Dingen aus einem Grunde, weil es

nicht nur das Jahr 2020 und 2021 betrifft, sondern auch in der Folgezeit zeigt, dass wir durchaus Schwierigkeiten bei den Steuereinnahmen haben werden. Die Zwischenzahlen, die hier vorliegen, sind natürlich in den Vorlagen noch nicht enthalten, das geht nicht, aber der Senat wird eine Ergänzungsvorlage noch nachträglich in das Verfahren einbringen, damit die Beratungen auch auf aktuellem Stand sein können. Die Frage ist: Wie gehen wir mit diesen Einbrüchen um? Für 2020 ist die Frage einfach, wir werden die üblichen Regeln der Schuldenbremse anwenden, und da ist die Referenz die Steuerschätzung 2019, alles was wir jetzt weniger erhalten, können wir über Kredite ausgleichen, die losgelöst vom Bremen-Fonds dann im Normalfall in der Konjunkturbereinigung darstellbar sind und auch keine Ausnahmeregelungen im Rahmen der Landesverfassung sein werden.

Für 2021 aber sieht es schlechter aus. Wir wissen einfach noch nicht, wie hoch der konjunkturell vereinbarte Steuerausfall ist. Die Steuerschätzer haben zwar dazu jetzt Aussagen gemacht, aber sie sind selbst sehr unsicher und haben darum gesagt: Wir wollen im September noch eine weitere Steuerschätzung machen. Das war für uns der Grund, der Bürgerschaft vorzuschlagen, den Haushalt 2021 nach dieser Steuerschätzung im Herbst dann endgültig zu entscheiden. Einbringen werden wir ihn jetzt, damit wir diese Zahlen dann auch noch mit einplanen können, und das muss dann natürlich auch zwischen den Fraktionen noch geklärt werden, ob das ein vernünftiger Weg ist. Wir glauben, es ist richtig, das so zu machen und wir glauben auch, dass es richtig ist, den Haushalt 2021 dann natürlich vor Jahresende verabschiedet zu haben, damit wir nicht noch einmal in eine haushaltslose Zeit kommen.

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren, das Land und die Stadt Bremen werden sich verändern. Welche Auswirkungen der Coronavirus auf die Entwicklung hat, können wir zum jetzigen Zeitpunkt weder wirtschaftlich, noch sozial, noch finanziell genau bewerten. Mit dem vorliegenden Haushalt und dem Vorschlag für einen Bremen-Fonds haben wir jedoch die gute Chance, die Menschen und die Unternehmen in Bremen aus dieser Krise herauszuführen. Ich weiß, dass an diesem Thema viele arbeiten, die Fraktionen, die Kammern, Vereine und Verbände. Und wir werden gemeinsame Konzepte erarbeiten, die Bremen helfen. Ich freue mich auf eine konstruktive Debatte über den vorliegenden Haushaltsentwurf in den kommenden Wochen und biete Ihnen allen eine intensive Zusammenarbeit an. Dabei

können Sie auch auf die Unterstützung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Finanzressorts zählen. – Herzlichen Dank!

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Präsident Imhoff: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Herr Röwekamp.

Abgeordneter Röwekamp (CDU): Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Was ist eigentlich ein guter Haushaltsplan? Ich denke, er muss drei Bedingungen erfüllen: Erstens muss er legitime politische Interessen verfolgen, zweitens muss er gut durchdacht und solide begründet sein und drittens muss er auch an den Tag danach denken, er muss also auch bedenken, welche Auswirkungen dieser Plan auf die Zeit nach dem Plan hat.

Es wird Sie nicht überraschen, dass gemessen an diesen drei Kriterien die CDU-Fraktion den vorliegenden Entwurf des Haushaltsgesetzes nicht nur für nicht beratungsfähig hält, sondern, ehrlicherweise, auch für die falsche Antwort auf die gegenwärtige Situation in unserem Land.

Lassen Sie mich zum ersten Punkt kommen: Verfolgen wir legitime politische Interessen? Dabei will ich ehrlicherweise zugestehen, dass wir natürlich im politischen Wettbewerb unterschiedliche politische Absichten verfolgen. Maßstab für die Beurteilung, ob der vorliegende Entwurf daher legitime politische Interessen verfolgt, soll daher meiner Auffassung nach nicht der Anspruch der CDU-Fraktion sein, das würde Sie langweilen und wäre auch hinlänglich bekannt. Die Frage ist vielmehr, nach der Regierungsbildung hat es eine Festlegung auf politische Ziele dieser Koalition gegeben und die Frage ist: Gelingt die Erreichung dieser, wenn auch nicht von der CDU-Fraktion in allen Punkten mitgetragenen politischen Ziele mit dem vorliegenden Haushaltsentwurf?

Sie haben mit Ihrer Koalitionsvereinbarung den Bremerinnen und Bremern insbesondere fünf Versprechen gegeben. Das erste Versprechen war, ich zitiere aus der Koalitionsvereinbarung: „Mit unserer Politik werden wir die Bildung für alle verbessern. Die Investitionen in Personal und Infrastrukturen von Schulen und Kitas haben für uns Priorität. Wir werden unsere Anstrengungen fortsetzen, das Angebot an Plätzen in der Kindertagesbetreuung massiv ausbauen, wir müssen unsere Schulen für unsere Schülerinnen und Schüler besser machen

und insbesondere die erfolgreichen Modellprojekte in die Breite tragen.“

Meine sehr verehrten Damen und Herren, der vorliegende Entwurf des Haushaltsplans für die kommenden zwei Jahre und des Finanzplans für die Zeit danach machen deutlich: Sie haben dieses politische Ziel aufgegeben. Mit Ihrem Haushaltsentwurf für die nächsten zwei Jahre setzen Sie im Prinzip nur das fort, was Sie in den letzten Jahren auch bezahlt haben. Sie werden der Entwicklung der Bedarfe in Kita und Schule wieder hinterherlaufen. Sie werden es nicht schaffen, die Qualität unseres Unterrichts zu verbessern. Sie werden es nicht schaffen, den Anschluss der Bildungsabschlüsse in Bremen und Bremerhaven an das Niveau der anderen Länder zu erreichen.

Sie werden einfach den Mangel in der Bildungspolitik in Bremen weiter verstetigen, Sie werden den Abstand vergrößern, Sie werden nichts dafür tun, damit unsere Schülerinnen und Schüler endlich wieder bessere Chancen auf dem Ausbildungs- und Arbeitsmarkt haben werden. Es ist eine Absage an Ihr selbst gestecktes Ziel, massiv in die Bildung zu investieren. Sie vollziehen nur die Schüler- und Kinderentwicklungen nach. Sie werden mehr Geld ausgeben, damit alle das bekommen, was es jetzt schon gibt. Sie werden aber nichts, aber auch gar nichts in die Verbesserung der Bildung in Bremen und Bremerhaven investieren, meine Damen und Herren.

(Beifall CDU)

Sie haben den Menschen versprochen, ich zitiere aus Ihrer Koalitionsvereinbarung: „Mit unserer Politik leisten wir einen Beitrag zur Bewältigung des Klimawandels und gestalten in Bremen die Verkehrswende sozial. Säulen der bremischen Klimaschutzpolitik sind Unterstützung der swb AG bei einem frühzeitigen Kohleausstieg, eine Offensive zur energetischen Sanierung der bremischen öffentlichen Gebäude, Unterstützung der Agrarwende, ein Vorantreiben der Verkehrswende durch Förderung attraktiver Kosten für die günstige umweltfreundliche Mobilität im Zentrum wie in den Stadtteilen.“ Meine Damen und Herren, finden Sie davon etwas in dem vorliegenden Haushaltsentwurf wieder?

(Abgeordneter Güngör [SPD]: Ja!)

Sie setzen das um, was seit Jahren bereits fertig geplant ist. Zwei weitere Straßenbahnlinien, nachdem Sie zwölf Jahre lang nicht einen Meter

Schiene verlegt haben. Sie setzen kein Geld für die Planung neuer Straßenbahnlinien ein. Sie setzen kein Geld für die Umtarifierung ein, damit endlich auch der Tarif in den bremischen öffentlichen Verkehrsmitteln so attraktiv ist, dass die Menschen umsteigen. Sie setzen kein Geld für ein verbessertes Innenstadtkonzept mit vernünftiger Parkraumlenkung ein. Sie geben Geld definitiv nicht für eine ökologische Wende aus. Sie sprechen in Ihrem Haushaltsentwurf von Töpfen, die Sie zur Verfügung stellen wollen, hier einmal zehn Millionen Euro, da einmal 20 Millionen Euro.

Meine Damen und Herren, mit dem Verteilen und Einstellen von Geld wird man den Klimaschutz nicht erreichen können. Solange Sie nicht in die energetische Gebäudesanierung Ihrer eigenen Bestandsimmobilien investieren, werden Sie doch nicht erwarten können, dass die Menschen ihre Privathäuser energetisch sanieren. Wir brauchen endlich ein Programm für die energetische Sanierung öffentlicher Gebäude, damit der Klimaschutz auch endlich mit einem Impuls der öffentlichen Hand anfängt, meine Damen und Herren. Davon ist in Ihrem Haushalt nichts zu lesen.

(Beifall CDU)

Sie schreiben, ich zitiere aus der Koalitionsvereinbarung:

(Abgeordneter Güngör [SPD]: Das tut gut!)

„Mit unserer Politik wird in Bremen und Bremerhaven Wohnen für alle bezahlbar bleiben. Wir werden die Voraussetzungen für 10 000 neue Wohnungen für alle Zielgruppen schaffen, von Einfamilienhäusern, über Etagenwohnungen bis hin zum Wohnheim für Studierende und Auszubildende“. Wird der vorliegende Haushaltsentwurf diesem Anspruch eigentlich gerecht, meine Damen und Herren?

Wer sich die neuesten Zahlen des statistischen Landesamtes anschaut, der stellt fest, auch in den Monaten Oktober, November und Dezember 2019 haben jeden Monat 100 Menschen mehr Bremen ins niedersächsische Umland verlassen, als Niedersachsen nach Bremen gekommen sind. Die Bevölkerungszahlentwicklung der letzten Jahre macht deutlich: Die Menschen wandern aus Bremen in andere Bundesländer ab.

(Zuruf SPD: Alle!)

Die Menschen wandern zunehmend in andere Bundesländer ab. Und Ihrem Einwurf, Herr Kollege Güngör, entnehme ich,

(Abgeordneter Güngör [SPD]: Das war ich gar nicht!)

dass Sie bis heute noch nicht begriffen haben, dass eine wachsende Stadt wie Bremen Einwohnerwachstum braucht, meine Damen und Herren, und nicht tatenlos zusehen kann, wie gerade junge Familien sich wieder nach Niedersachsen orientieren müssen, weil sie in Bremen keinen angemessenen, bezahlbaren Wohnraum finden. Sie haben noch nicht einmal das Problem erkannt, meine Damen und Herren von den Sozialdemokraten, geschweige denn, dass eine Lösung angeboten wird.

(Beifall CDU)

Wir brauchen in Bremen nicht nur hochpreisigen Wohnraum in der Überseestadt und sozialen Wohnungsbau, nein, wir brauchen gerade für Menschen mit Durchschnittseinkommen, für die Mittelschicht bezahlbaren Wohnraum, meine Damen und Herren. Um solchen bezahlbaren Wohnraum zu schaffen – wie Sie ihn versprechen, zum Beispiel mit Einfamilienhäusern –, braucht man Wohnbauflächen und Sie haben bisher nicht eine einzige zusätzliche Fläche benannt, auf der wir für diese Familien, die Bremen jetzt jeden Monat, jeden Tag verlassen, für diese Menschen in unseren Landesgrenzen eine Zukunft schaffen wollen. Nicht eine einzige Fläche! Das ist eine Absage an soziale Wohnungsbaupolitik im Land Bremen, meine Damen und Herren.

(Beifall CDU, FDP)

Sie haben den Menschen versprochen, ich zitiere wieder aus Ihrer Koalitionsvereinbarung: „Gemeinsam Wissenschaft und Forschung als starken Zukunftsmotor weiterentwickeln. Wir stärken unsere Innovationsfähigkeit durch Weiterentwicklung der Hochschulen und der wissenschaftlichen Einrichtungen gemäß der Ziele des Wissenschaftsplans“ und wie sieht die Realität aus? Schauen Sie einmal in den Finanzplan! Ab dem Jahr 2023 ist der Wissenschaftsplan, den die Vorgängerregierung nach langer Zeit beschlossen hat, nicht mehr ausfinanziert. Im Jahr 2023 fehlen 43 Millionen Euro für die Umsetzung der Ziele aus dem Wissenschaftsplan. Meine Damen und Herren, sieht für Sie so eine zukunftsgerichtete Wissenschafts- und Forschungspolitik für unser Land aus?

Ein Land, in dem wir eigentlich keine andere Ressource haben, als das Wissen in den Köpfen unserer Kinder, unserer Schülerinnen und Schüler und Studentinnen und Studenten. Dieser Haushaltsplanentwurf und der Finanzplan sind eine Absage an die bisherigen Festsetzungen des Wissenschaftsplanes. Sie machen eine Kehrtwende in der Wissenschaftspolitik, Sie sparen am falschen Ende, meine sehr verehrten Damen und Herren!

(Beifall CDU, FDP)

Lassen Sie mich dann ein fünftes Beispiel aus Ihrem Koalitionsvertrag nennen. Sie haben den Menschen versprochen: Wir schaffen Rahmenbedingungen für eine gute wirtschaftliche Entwicklung in Bremen und wollen, dass alle vom wirtschaftlichen Aufschwung profitieren. Wir werden in unsere Häfen investieren und, ich zitiere: „Die Neuan siedlung von Unternehmen durch attraktive Gewerbeflächen befördern“. Meine Damen und Herren, begründet und erfüllt dieser vorliegende Haushaltsplanentwurf das Versprechen, das Sie den Menschen gegeben haben? Nein!

Sie haben in dem vorliegenden Haushaltsplanentwurf keine Mittel zur Verfügung gestellt, um auch nur ein zusätzliches Gewerbegebiet zu erschließen. Sie schaffen es gerade die bereits beschlossenen Gewerbegebiete abzufinanzieren. Nicht ein einziger Quadratmeter neue Gewerbefläche wird aber in Bremen entstehen. Wo sollen sich denn neue Unternehmen ansiedeln? Wo sollen denn, meine Damen und Herren, Bestandsunternehmen in Bremen ihre Entwicklungsperspektive auf Flächen finden? Wo sollen denn die neuen Arbeitsplätze für die Menschen, die jetzt noch in Arbeitslosigkeit sind oder von Arbeitslosigkeit bedroht sind, wo sollen diese neuen Arbeitsplätze denn entstehen? In Bremen auf jeden Fall nicht! Dieser Haushaltsplanentwurf ist eine Absage an das von Ihnen gegebene Versprechen, sich um Wirtschaft und Arbeitsplätze in unserem Land kümmern zu wollen!

(Beifall CDU, FDP)

Dabei sind die Rahmenbedingungen für Bremen und Bremerhaven unverändert schlecht. Es ist ja nicht so, dass wir uns auf den Erfolgen der vergangenen zwölf Jahre ausruhen könnten. Herr Finanzsenator Strehl hat ja noch einmal sehr ausführlich über die Ausgabenentwicklung und Einnahmenentwicklung in den letzten zwölf Jahren der Konsolidierungsphase gesprochen. Ja, Bremen hat diese Konsolidierungsaufgaben erfüllt. Aber, Herr Senator, im Wesentlichen auf der Einnahmenseite.

Wir haben unsere Einnahmen in dem Zeitraum von 2010 bis einschließlich 2019 um fast 70 Prozent steigern können. Die Ausgaben sind im gleichen Zeitraum um knapp 30 Prozent gestiegen. Die Mär also, wir hätten in Bremen in den letzten Jahren so dramatisch gespart, ist allein durch die Zahlen schon widerlegt. Nein, wir haben einfach den Vorteil gehabt, dass wir stark sprudelnde Einnahmen gehabt haben, meine Damen und Herren. Das ist trotzdem ein Erfolg, die Sanierung zu schaffen, auch unter diesen Bedingungen.

Es ist aber kein Erfolg, Herr Senator, auf dem man sich jetzt ausruhen kann. Die Aufgaben, die wir haben, nämlich die Strukturen in unserem Land zu verändern, uns zukunftsfest zu machen, diese Voraussetzungen, die sind eben noch nicht erfüllt. Wir haben die Auflagen erfüllt, aber meine Damen und Herren, unser Land ist noch lange nicht fit für die Zukunft, die wir brauchen, um die nächsten zehn, 15 Jahre mit vernünftigen Haushalten weiter zu recht kommen zu können.

(Beifall CDU)

Das wird insbesondere dann deutlich, wenn man sich die Ausgabenentwicklung in den einzelnen Bereichen anschaut. Bei den Personalausgaben sind wir trotz der erheblichen Anstrengungen bei der Personalkonsolidierung im Wesentlichen in der allgemeinen Steigerungsquote von knapp 30 Prozent. Die Sozialleistungsausgaben, meine Damen und Herren, die sind aber im gleichen Zeitraum um mehr als die Hälfte, um 53,5 Prozent gestiegen.

Anders als vielleicht das linke Spektrum dieses Hauses, glaube ich nicht, dass ein Land sozial ist, wenn es möglichst viel Geld für soziale Leistungen ausgibt. Ein Land ist dann sozial, wenn es dafür sorgt, dass möglichst wenige Menschen von sozialen Transferleistungen abhängig sind.

Sie haben die soziale Lage in unserem Land in den letzten zehn Jahren dramatisch verschlechtert, um mehr als 50 Prozent. Immer mehr Menschen sind von staatlichen Transferleistungen in immer größerer Höhe abhängig, meine Damen und Herren, und deswegen gilt es doch jetzt die Ärmel hochzukrempeln und dafür zu sorgen, dass diese Menschen wieder von ihrer eigenen Hände Arbeit leben können und nicht so zu tun, als ob wir die Krise bereits in der Vergangenheit bewältigt hätten. Nein! Die großen Aufgaben, die richtig großen Aufgaben auch im sozialen Bereich, liegen noch vor uns, meine Damen und Herren, und darauf gibt dieser Haushaltsplan nicht eine einzige Antwort.

(Beifall CDU)

Wie sieht es denn mit der Zukunftsfähigkeit unseres Bundeslandes aus? Was haben Sie eigentlich in den letzten zehn Jahren in die Hand genommen, um unser Land für die Zukunft zu rüsten. Das einzige, was sich in den letzten Jahren unterproportional entwickelt hat, das ist die Investitionstätigkeit.

Wir sind schon seit vielen Jahren das Land mit der geringsten Investitionsquote im deutschen Bundesvergleich. Sie haben aber immer noch eine so niedrige Investitionsquote wie kein anderes Land und das soll auch so bleiben. Nun sind Investitionen sicherlich kein Selbstzweck, meine Damen und Herren, aber ein Land, das den letzten Jahren mehr Geld für Zinsen und damit für die Kosten der Vergangenheit aufgewandt, als Investitionen in die Zukunft finanziert hat, ein solches Land ist auf Dauer nicht zukunftsfähig.

Wer unser Bundesland vernünftig aufstellen will, der muss auch in die Leistungsfähigkeit unseres Landes investieren. In die Wirtschaft, in Gewerbeflächen und Arbeitsplätze, in die wissenschaftliche Entwicklung, in die Leistungsfähigkeit unserer Hochschulen und nicht zuletzt auch in den Wohnungsbau und das Bevölkerungswachstum. Wer diese drei Bedingungen nicht erfüllt, der wird auch einen Haushalt nicht lang und mittelfristig konsolidieren können und diese Voraussetzungen erfüllen Ihre Vorlage für die nächsten zwei Jahre und der Finanzplan für die nächsten vier Jahre definitiv nicht. Das ist eine Absage an die Zukunft unseres Bundeslandes, meine Damen und Herren!

(Beifall CDU)

Wie sah es denn in den letzten Jahren aus, was die Rahmenbedingungen betrifft, mit dem Wirtschaftswachstum, das ja vom Amtsvorgänger unseres jetzigen Bürgermeisters immer so heftig gelobt wurde? Die Wahrheit ist, das Bruttoinlandsprodukt hat sich in Deutschland zwischen 2008 und 2019 real um insgesamt 14,5 Prozent erhöht. Im Land Bremen, meine Damen und Herren, um 4,7 Prozent, ein Drittel davon. Das allein ist ja noch nicht schlimm, wenn man sich aber anschaut, wie es denn eigentlich im norddeutschen Vergleich oder in Stadtstaaten aussieht: Berlin 30 Prozent plus, Niedersachsen 17,8 Prozent plus, Mecklenburg-Vorpommern 13,6 Prozent plus, Schleswig-Holstein 13,6 Prozent plus und Hamburg 10,6 Prozent plus. Meine Damen und Herren, wir sind das Bundesland mit dem niedrigsten Wirtschaftswachstum

in den letzten zwölf Jahren gewesen. Das ist die Ausgangslage.

Dann kann die Antwort doch nicht sein, Herr Senator Strehl, dass wir das mit niedriger Investitionsquote genauso weitermachen. Dann setzt sich doch die Entkoppelung von der sozialen Infrastruktur über die Erwerbstätigkeit und Arbeitslosigkeit bis hin zu den Staatsfinanzen unverändert fort. Wer auch im Bereich des Wirtschaftslebens unseres Landes so weitermachen will wie bisher, der macht auch weiter mit der Entkoppelung in diesen zentralen Politikbereichen von dem bundesweiten Trend, meine Damen und Herren.

Wir als CDU-Fraktion wollen es anders. Wir wollen wirklich wachsende Städte, wir wollen in die gewerbliche Entwicklung unseres Bundeslandes investieren. Wir wollen in den Technologiewandel investieren. Wir wollen in die wissenschaftliche Infrastruktur investieren. Wir wollen in den Arbeitsmarkt investieren, meine Damen und Herren! Wir wollen uns nicht damit zufriedengeben, dass Bremen der Entwicklung weiter hinterher läuft wie in den letzten zwölf Jahren.

(Beifall CDU)

Wie sieht es in den letzten Jahren mit der Arbeitslosigkeit aus? Wie hat sich die entwickelt? Kann man damit zufrieden sein? Die Wahrheit ist, in Deutschland ist die Arbeitslosenquote von 2008 bis 2019 um insgesamt 2,8 Prozentpunkte gesunken. In Bremerhaven sogar um 4,5 Prozentpunkte. Das verbessert die Zahl für das Land ein bisschen, weil sie im Land Bremen nämlich nur um 1,5 Prozentpunkte gesunken ist. In der Stadtgemeinde Bremen sogar nur um 0,8 Prozentpunkte. In Berlin um sechs Prozentpunkte, in Hamburg um zwei Prozentpunkte. Überall hat sich die Arbeitslosigkeit wesentlich besser entwickelt, als das in Bremen der Fall gewesen ist.

Warum sage ich das an dieser Stelle? Ich sage es deswegen, weil Sie einen Gutteil Ihrer Rede auch darauf verwandt haben zu bewerten, wie die Auswirkungen der Coronapandemie auf die wirtschaftliche Zukunft unseres Landes sein werden. Wer es, meine Damen und Herren, schon in der Vergangenheit nicht geschafft hat, bei der Anzahl der Erwerbstätigkeit und beim Abbau der Arbeitslosigkeit mit der Entwicklung der anderen Länder Schritt zu halten, der sorgt dafür, dass auch Menschen, die jetzt von Kurzarbeit betroffen und vielleicht von Arbeitslosigkeit bedroht sind, in Zukunft

in Bremen und Bremerhaven keine Perspektive mehr haben werden.

Wir sind auch für diese Menschen, die sich jetzt schon teilweise lange und verfestigt in Arbeitslosigkeit befinden, verpflichtet auf die wirtschaftliche Prosperität unseres Bundeslandes zu setzen. Wir brauchen Wachstum – wir brauchen Beschäftigungswachstum, wir brauchen Wirtschaftswachstum, wir brauchen Flächenwachstum, damit wir auch diesen Menschen in unserem Bundesland eine Perspektive geben können. Wir brauchen keine Absage an Wachstum, wir brauchen endlich definitiv auch im Vergleich zu anderen Bundesländern aufholendes Wachstum, wenn wir unsere Zukunftsfähigkeit unter Beweis stellen wollen, meine Damen und Herren!

(Beifall CDU)

Kurzum: Nein, der vorliegende Haushaltsplan verwirklicht nicht, auch nur im Ansatz nicht, die von Ihnen selbst formulierten und gesteckten Ziele!

Die Koalitionsvereinbarungen, die Sie beschlossen haben, sind für Sie offensichtlich keine Richtschnur und kein Maßstab mehr für die Beratungen künftiger Haushalte. Wo sind eigentlich, Frau Senatorin Vogt, Ihre Versprechen aus der Oppositionszeit geblieben? Wo sind denn die massiven Investitionen in Bildung geblieben? Wo ist denn der Abbau des Sanierungsstaus an staatlichen Schulen von 1,5 Milliarden Euro geblieben? Wo ist denn das von Ihnen versprochene Programm für Zweitkräfte in KITAS geblieben? Wo sind denn all die rosigen Versprechungen der Roten geblieben, meine Damen und Herren, in diesem Haushalt sind sie auf jeden Fall nicht enthalten.

(Beifall CDU)

Dieser Haushalt ist vom Zahlenwerk im Prinzip ein „Weiter so wie bisher“ und deswegen werden die Auswirkungen auch genauso sein wie bisher. Sie werden gerade nicht die großen strukturellen Probleme unseres Bundeslandes anpacken. Am Ende wird sich wahrscheinlich meine Prophezeiung bestätigen, dass ich gesagt habe – –.

(Abgeordneter Güngör [SPD]: Die hat sich noch nie bestätigt!)

Doch, Herr Kollege Güngör, die hat sich leider immer bestätigt und ich könnte Ihnen vielleicht auch noch eine persönliche Empfehlung geben, was Ihre Zukunft betrifft, die wird sich auch bestätigen.

(Abgeordneter Güngör [SPD]: Der Prophet Röwekamp!)

Aber lassen Sie mich an dieser Stelle

(Heiterkeit CDU)

vielleicht sagen, die Prophezeiung lautet: Am Ende dieser Legislaturperiode, werden wir in den Schlüsselbereichen der Politik unseres Landes, bei der Arbeitslosigkeit, bei der Erwerbstätigkeit, beim Wirtschaftswachstum, bei den Bildungsabschlüssen und auch bei der Frage, wie sich unsere wissenschaftlichen Einrichtungen im Land Bremen entwickelt haben, vor der gleichen Situation stehen wie vor vier Jahren. Und die soziale Lage in unserem Land wird sich nicht entspannen, sie wird sich verschärfen haben.

Das einzige, was Sie haben werden und was dann tatsächlich auch den Linken zu verdanken ist, wir werden am Ende der Legislaturperiode deutlich mehr Schulden machen. Wir werden 1,2 Milliarden Euro allein in den nächsten beiden Jahren aufnehmen, das, Frau Senatorin Vogt, haben Sie geschafft. Ihr Traum, dass wir endlich wieder massiv in die Verschuldung einsteigen, der scheint tatsächlich Wirklichkeit zu werden, wenn der vorliegende Haushalt beschlossen wird. Ich glaube, dass das kein legitimes politisches Ziel ist. Schulden sind und Schulden bleiben eben kein Selbstzweck, sehr geehrte Frau Senatorin Vogt.

(Beifall CDU)

Der zweite Bereich: Wie gut ist das eigentlich alles vorbereitet? Lassen Sie mich dazu nur einige wenige Anmerkungen machen. Wir haben die Haushaltsvorlage, die der Senat gestern beschlossen hat, nachdem er sich Wochen und Monate lang damit beschäftigt hat, gestern Nachmittag bekommen. Ich finde, das ist schon eine Zumutung an das Parlament.

(Beifall CDU)

Innerhalb von 24 Stunden allein 137 Seiten Vorlage, glaube ich, habe ich gestern gelesen, zu präsentieren und dann zu erwarten, dass wir das heute in erster Lesung beschließen, das ist schon sportlich. Herr Senator Strehl, dann hätte ich aber wenigstens erwartet, dass die Vorlage solide ist. Sich hier hinzustellen und zu sagen: Oje, wir haben das jetzt nicht geschafft, die Steuerschätzung einzuarbeiten. Was haben Sie dann eigentlich die ganzen letzten Tage gemacht?

Hier heute einen Haushalt zu präsentieren und heute in erster Lesung zu beschließen, von dem wir jetzt schon wissen, dass er im Hinblick auf die Einnahmen durch Steuern definitiv falsch ist, ist eine Zumutung an die Legislative. Sie erwarten, dass wir heute in erster Lesung einen Haushalt beschließen, der nicht den tatsächlichen Zahlen und damit nicht der Wahrheit entspricht. Wir beschließen, meine Damen und Herren, heute eine haushaltspolitische Lüge und ich finde, das ist eine Zumutung für dieses Parlament, meine Damen und Herren!

(Beifall CDU – Abgeordneter Güngör [SPD]: Sie haben den Sinn und Zweck einer zweiten Lesung verstanden?)

Ja, ich habe aber auch den Sinn und Zweck einer ersten Lesung verstanden, Herr Kollege Güngör, und der Sinn einer ersten Lesung ist, dass der Senat ein Gesetz vorlegt,

(Zuruf Abgeordneter Güngör [SPD])

das den Grundsätzen von Haushaltsklarheit, Haushaltswahrheit und der Landeshaushaltsordnung entspricht. Und das, was wir hier präsentiert bekommen, das hat nicht einmal die aktuellen Zahlen.

(Zuruf Abgeordneter Güngör [SPD])

Es ist so veraltet, wie die Zeitung aus dem letzten Jahr oder wie Ihr Wahlergebnis von vor 20 Jahren, Herr Güngör. Nein, dieser Haushalt entspricht nicht der Wirklichkeit.

(Beifall CDU)

Dann kommt hinzu, dass Sie in dem Haushalt Mondzahlen stehen haben. Zehn und 20 Millionen Euro als Topf für den Klimaschutz. Ich meine, Klimaschutz bekämpft man doch nicht damit, sehr geehrte Frau Bürgermeisterin Dr. Schaefer, indem man Geld verteilt. Ich habe die Auffassung, dass man zunächst einmal denkt, um bei diesem Beispiel zu bleiben, was man eigentlich machen könnte, um die Klimaziele zu erreichen? Dann in einem zweiten Schritt sagt, welche Maßnahmen dafür erforderlich sind und in einem dritten Schritt sagt, woher man eigentlich das Geld bekommt.

(Abgeordneter Güngör [SPD]: Das klingt nach Enquetekommission!)

So würde ich verstehen, dass man Klimaschutz betreibt. Bei Ihnen ist es genau anders herum. Sie

stellen erst einmal 30 Millionen Euro in diesen Haushalt ein und sagen: Dann überlegen wir, was wir damit machen. Das, finde ich, ist kein Haushaltsplan, das ist planlos. Heute nur zu sagen: Ich gebe dafür Geld aus, ohne zu wissen wofür, halte ich als Haushalt für unser Bundesland für völlig unvertretbar.

Als Erstes müssen Sie doch sagen, was Sie machen wollen, um im Gegensatz zum Bund beispielsweise Ihr Versagen bei dem Erreichen der Klimaziele irgendwie aufzuholen. Nur das Verheimlichen eines Gutachtens wird Ihnen dabei nicht helfen. Sie werden schon Maßnahmen vorlegen müssen, mit denen Sie das erreichen wollen. Mit Geld erreichen Sie keinen Klimawandel, meine sehr verehrten Damen und Herren, auch nicht unter einer grünen Umweltsenatorin.

(Beifall CDU)

In Zeiten wie diesen, in denen wir uns teilweise um jede Stelle und jeden Euro kümmern müssen, dem Parlament hier zuzumuten, dass wir einmal schnell auf Zuruf für einen Bremen-Fonds 1,2 Milliarden Euro zur Verfügung stellen sollen, ohne dass auch nur einer hier im Saal weiß, was damit eigentlich bezahlt werden soll.

Die Ziele, die Sie da abstrakt beschrieben haben, die habe ich verstanden, die finde ich gut. Wir wollen unsere kommunalen und Landesunternehmen nicht in den Konkurs gehen lassen, das finde ich okay. Ich finde, da muss man aber noch einmal genau hinschauen, da muss man nicht die Einnahmen ersetzen, sondern da muss man schauen, was es an Ergebnisverschlechterungen gibt. Denn ein Krankenhaus, das keine Operationen durchführt, das hat ja nicht nur keine Einnahmen, sondern in bestimmten Bereichen vielleicht auch keine Ausgaben.

Einfach nur zu rechnen, ach, das ist so viel, weil wir so viel weniger Patienten haben, das funktioniert so natürlich nicht. Das gilt auch für viele andere Bereiche. Es gibt ja hoffentlich kein Geld auf Zuruf, so nach dem Motto: Mir fehlen statistisch jetzt so und so viele Einnahmen und deswegen brauche ich das Geld von euch. Da muss man schon sehr genau schauen, welche Auswirkungen es auf die einzelnen Wirtschaftspläne hat und welche Abweichungen es da tatsächlich gibt.

Klar, dass wir dafür Geld in die Hand nehmen müssen, es ist richtig, dass wir zusätzliche Anreize und

Finanzierungsinstrumente für gewerbliche und unternehmerische Überbrückung finden müssen und das finde ich auch in Ordnung. Aber wie kommen Sie eigentlich auf die Summe von 1,2 Milliarden Euro? Woher kommt eigentlich dieser Betrag, außer aus einer Wunschvorstellung, dass das viel Geld wäre? Und wie realistisch ist es eigentlich, dass Sie 1,2 Milliarden Euro noch vor der zweiten Lesung im Juni bis Ende Dezember ausgeben werden? Sie haben ja schon Schwierigkeiten gehabt, die Soforthilfen irgendwie termingegenau auszuzahlen. Wie wollen Sie eigentlich 1,2 Milliarden Euro innerhalb von sechs Monaten ausgeben?

Ich traue Ihnen viel zu, ich habe damit auch viel Erfahrung, was rot-grüne Haushaltspolitik betrifft. Geld verteilen geht bei Ihnen eigentlich relativ schnell, aber ein ungeplantes und nicht durch ein Programm unterlegtes und noch nicht einmal durchdachtes Programm innerhalb von sechs Monaten vollständig auszuschöpfen, halte ich für völlig unrealistisch. Deswegen gilt auch hier: Zunächst einmal muss ich doch wissen, wofür brauche ich Geld. Dann muss ich wissen, wieviel Geld brauche ich und dann kann ich mich darum kümmern, wie ich es dann tatsächlich am Ende finanziere. Sie machen den Weg aber wieder genau umgekehrt. Sie stellen erst einmal Geld zur Verfügung und bringen dann Ihre Erwartung zum Ausdruck, dass wir es hoffentlich schaffen werden, es auszugeben.

Nein, solide Haushaltspolitik, Herr Senator Strehl, sieht anders aus und das hätte Karoline Linnert, bei aller Kritik an der Vergangenheit, auch definitiv anders gemacht. Geld auf Zuruf in Pauschalen hätte es bei ihr nicht gegeben, meine sehr verehrten Damen und Herren, das ist eine veränderte Sache.

(Beifall CDU)

Deswegen lassen Sie mich zum Schluss noch einige Bemerkungen zu der Frage machen, ob Sie sich eigentlich Gedanken darüber gemacht haben, was danach passiert. Sie plündern jetzt alle Rücklagen. Sie lösen die Versorgungsrücklage auf. Sie bilden globale Minderausgaben, von denen Sie noch gar nicht wissen, wie Sie die erwirtschaften wollen, überschlagen, insgesamt auf diese Finanzierungsart, will ich einmal vorsichtig sagen, werden 100 Millionen Euro in den Haushalt gepumpt.

Sie lösen die OTB-Rücklage vollständig auf. Im Übrigen, im Gegensatz zu den Versprechen, dass das Geld für Infrastrukturprojekte in Bremerhaven investiert wird, ist davon in den Haushaltsplänen

nichts zu lesen. Sie finanzieren damit Hafeninfrastruktur in die stadtbremischen Häfen teilweise ab, die Sie schon vor der Wahl beschlossen haben, für die Sie jetzt eine andere Finanzierung wählen. Irgendein wirtschaftspolitischer Impuls für Bremerhaven ist aber aus diesem Geld nicht ersichtlich. Sie führen es einfach dem Sondervermögen zu und damit in den allgemeinen Haushalt, eine Zweckbindung für wirtschaftliche Infrastruktur in Bremerhaven ist an keiner Stelle in dem Haushaltsplan zu sehen.

Sieht so eigentlich Ihr neues Verständnis von Zusammenarbeit mit der Kommune Bremerhaven auf Augenhöhe aus? Wollen Sie das Wahlversprechen, dass Bremerhaven im Bereich der wirtschaftlichen Infrastruktur und Arbeitsmarktentwicklung eine besondere Entwicklung benötigt, eigentlich jetzt schon brechen? Das, was Sie heute hier beschließen ist Bremerhaven gegenüber Vertragsbruch. Sie lösen das Geld auf, um Ihre Haushaltsprobleme in der Stadtgemeinde Bremen zu lösen. Meine Damen und Herren, das ist nicht nur unfair, sondern es behindert die besondere Entwicklungsmöglichkeit in Bremerhaven und auch aus diesem Grund ist das aus Sicht der CDU-Fraktion nicht zu realisieren.

(Beifall CDU)

Sie sagen dann aber so nonchalant: Wir wollen das dann einmal in 30 Jahren abfinanzieren, 40 Millionen Euro per anno. Sie sagen: Wir zahlen im Moment keine Zinsen darauf. Das ist richtig, das bleibt aber nicht 30 Jahre so, das sage ich Ihnen auch voraus.

(Abgeordneter Gottschalk [SPD]: Woher wissen Sie das?)

Sehr geehrter Herr Kollege Volkswirt, Ihre Strategie vom sinnlosen Verschulden und dass die Schulden sich selbst zurückzahlen, die widerspricht nicht nur jeder volkswirtschaftlichen Erkenntnis, sondern auch jeder Lebenswirklichkeit der Menschen in unserem Lande.

(Abgeordneter Güngör [SPD]: Prophet Röwekamp, das haben wir doch festgestellt!)

Schulden zahlen sich nie von selbst zurück, meine Damen und Herren. Schulden müssen, sonst hätten wir das Problem der Haushaltsnotlage in Bremen nicht, irgendwann zurückgezahlt werden. Die zahlt niemand anders für uns zurück und deswegen muss man Zinsen auch kalkulatorisch aufnehmen.

Wir zahlen für unseren Gesamtschuldenberg zurzeit im Durchschnitt, Herr Strehl, rund drei Prozent Zinsen. Das kann sein, dass das vielleicht die nächsten 30 Jahre so bleibt, aber ich muss doch wenigstens diesen Durchschnittzinssatz, wenn ich den Erfahrungswert aus 30 Jahren habe, auch in die nächsten 30 Jahre transportieren. Vielleicht sind Sie dann nicht mehr dabei, Herr Gottschalk, und das interessiert Sie vielleicht dann auch nicht mehr.

(Zuruf Abgeordneter Gottschalk [SPD])

Ich finde, wer hier Geschäfte zulasten der nächsten Generation macht, muss wenigstens so ehrlich sein zu sagen: Es kostet euch ab dem Jahr 2024 nicht nur 40 Millionen Euro Tilgung, sondern im Durchschnitt auch mindestens 36 Millionen Euro Zinsen, die ihr noch zusätzlich aufbringen müsst. Geld, das wir heute nicht haben, Geld, das wir morgen nicht haben und Geld, das die nächste Generation auch nicht hat, wenn man Ihrem Finanzplan entsprechend folgen kann. Das Geld ist definitiv nicht da.

Umso wichtiger ist es, dass wir Geld nicht um des Geldes Willen ausgeben, sondern uns bei jedem Euro genau anschauen, ob wir darauf auch tatsächlich den gewünschten wirtschaftspolitischen und fiskalischen Effekt haben. Geld ausgeben, Herr Gottschalk, ist kein Selbstzweck. Geld, das man aufnimmt, muss man zurückzahlen und verzinsen. Das ist eine Grundregel in der Betriebswirtschaft, aber eben auch in der Volkswirtschaft, meine Damen und Herren!

(Beifall CDU)

Wer die Haushalte, lassen Sie mich das zum Schluss sagen, jetzt so plündert, alle Rücklagen auflöst, 1,2 Milliarden Euro auf die Zukunft aufnimmt, die Abfinanzierung erst im Jahr 2024 beginnen will und – komisch, das ist die nächste Regierung, die das machen soll, das finde ich auch bemerkenswert, denn das Geld ausgeben erledigt noch diese Regierung, das Geld wieder zurückzahlen muss dann die nächste Regierung.

Meine Damen und Herren, das ist alles keine Grundlage für eine seriöse Beratung eines Haushaltsgesetzes. Wir lehnen beide Haushaltspläne für 2020 und 2021 in erster Lesung ab. – Vielen Dank.

(Beifall CDU)

Präsident Imhoff: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Güngör.

Abgeordneter Güngör (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Lieber Kollege Röwekamp, ich fand es gut, dass Sie mehrfach aus dem Koalitionsvertrag zitiert haben. Ich habe mir allerdings auch die Mühe gemacht, einmal Ihre Rede von vor zwei Jahren zur ersten Lesung anzuschauen, und kann sagen, da sind schon viele Blöcke gleich, etwas wirklich Neues ist nicht dazugekommen.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Ich kann Ihnen jetzt aber auch kein Plagiat vorwerfen. Das kann ich Ihnen nicht vorwerfen, es waren ja Ihre eigenen Worte, die Sie hier in der bekannten Rhetorik wiederholt haben. Ich bin sehr gespannt auf das persönliche Angebot für meine persönliche politische Laufbahn, die Einladung nehme ich herzlich an. Ich freue mich im Übrigen auch darüber, dass immerhin Sie bei den vielen Familien, wie Sie behauptet haben, die aus Bremen und Bremerhaven wegziehen, pressewirksam dem Land Bremen treu geblieben sind, und als Neu-Bremer aus Bremerhaven begrüße ich Sie ganz herzlich und freue mich auf unser gemeinsames Gespräch über meine politische Zukunft. Vielen Dank dafür!

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Nach den vielen persönlichen Worten vorweg würde ich gern so einsteigen, wie Sie es auch gemacht haben. Was zeichnet eigentlich einen Haushalt aus? Einen soliden Haushalt auf die Beine zu stellen ist ja in der Tat ein hartes Stück Arbeit. Ein Haushalt muss die passenden Antworten auf die großen Fragen der Gegenwart und der Zukunft geben können und ein Haushalt muss flexibel genug sein, um die rasanten Veränderungen der Zeit zu berücksichtigen. Gleichzeitig muss er so beständig wie möglich sein, um vorgesehene Veränderungen proaktiv zu gestalten. Er muss im Allgemeinen sehr sparsam sein und gleichzeitig findet sich mit Sicherheit zu jedem Thema ein Abgeordneter oder eine Abgeordnete, der oder die findet, dass man genau bei diesem oder jenem Thema auf keinen Fall sparen darf.

Ein fundierter Haushalt ist mehr als die Summe einzelner Projekte. Er baut Wege, er baut Brücken zwischen Visionen und den täglichen Herausforderungen der Bürgerinnen und Bürger, zwischen dem Heute und dem Morgen. Dieser vom Senat vorgelegte Haushaltsentwurf für die Jahre 2020 und 2021 ist eine gute Grundlage für die weiteren Beratungen, ein wichtiger Meilenstein auf dem Weg, Bremen und Bremerhaven auf gutem Kurs zu halten

und sich für die Herausforderungen und Eventualitäten von Morgen zu wappnen.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

So lässt sich der Haushalt auch in drei Überschriften zusammenfassen. Erstens: Er ist sozial gerecht. Der soziale Zusammenhalt ist für diese Koalition, für uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten keine inhaltsleere Floskel. Wir sind zutiefst davon überzeugt, dass eine Gesellschaft ohne sozialen Zusammenhalt weder lebenswert noch zukunftsfähig ist. Doch was heißt das aber konkret? Sozialer Zusammenhalt findet vor Ort statt, in Bremerhaven, in Bremen, in den Stadtteilen, in den Quartieren, in der Nachbarschaft, beim Einkaufen, beim Essengehen, da, wo sich die Menschen tagtäglich begegnen. Wir, meine sehr verehrten Damen und Herren, wollen lebendige und lebenswerte Quartiere.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Für ein besseres Zusammenleben in den Stadtteilen und Quartieren stehen jährlich fünf Millionen Euro zur Verfügung, unter anderem für Maßnahmen im Bereich „Wohnen in Nachbarschaften“ und offene Jugendarbeit sowie den Ausbau von Quartierszentren. Ein wichtiger Meilenstein für die Menschen in den Quartieren ist der Ausbau des Programms „Wohnen in Nachbarschaften“, nach vielen Jahren mit gleichem Status quo wird diese wichtige Arbeit in den Quartieren nun weiterentwickelt. Wer da von einem „Weiter so“ spricht, Herr Röwekamp, der hat diesen Haushalt nicht begriffen.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Uns ist bewusst, dass insbesondere die Quartiere, deren Herausforderungen in den vergangenen Jahren noch gewachsen sind, noch stärker gefördert werden. Wie wichtig diese Mittel vor Ort sind, für die Menschen vor Ort, das wurde uns allen, glaube ich, wieder deutlich vor Augen geführt, als wir etliche verunsicherte E-Mails und Anrufe bekamen, wie es denn ohne diese Mittel bei ihnen in der Einrichtung weitergehen soll. Es freut mich, dass der Senat hierfür eine gute Lösung gefunden hat.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Ausdrücklich zu begrüßen ist auch die Investition in ein Landesprogramm für Quartiere, es soll das Auseinanderdriften der Quartiere verhindern und helfen, Armut zu bekämpfen. Wir gehen fest davon

aus, dass mithilfe des Landesprogramms unter anderem zentrale Einrichtungen in den Quartieren abgesichert werden können und die soziale Infrastruktur in kleineren Quartieren weiterentwickelt werden kann.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Es ist gut, dass es ein Landesprogramm ist und dass es für Bremerhaven und für die Stadt Bremen greift. Wir achten darauf, dass mehr Mittel da ankommen, wo sie dringend benötigt werden, in der Jugend- und Altenarbeit vor Ort. Wir halten die Aufstockung der Mittel für ältere Menschen im Quartier für längst überfällig. Ob die bisher vorgesehene Aufstockung angesichts der deutlich angestiegenen Aufgaben ausreichend ist, das müssen wir gemeinsam im weiteren Beratungsprozess besprechen. Besonders möchte ich aber hervorheben, dass es der Koalition gelungen ist, offene Jugendarbeit deutlich zu stärken und finanziell besser auszustatten.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Denn so, meine Damen und Herren, können auch die stadtweit von Jugendlichen angenommenen Projekte, die auch stadtzentral gefördert werden können, in Anspruch genommen werden. So haben wir Angebote zwischen Sport- und Sozialarbeit und konzeptionell wünschen wir uns auch, dass sich mehr Programme, mehr Angebote im Rahmenkonzept der offenen Jugendarbeit für Sechs- bis Zwölfjährige wiederfinden.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Im Bereich der präventiven Gesundheitspolitik konnten wir erreichen, dass ein Hebammenzentrum ins Leben gerufen und die Hebammenvermittlung eingeführt wird. Ich kenne selbst, Sie vermutlich auch, viele werdende Mütter, vor allem in benachteiligten Quartieren, die händeringend nach einer Hebamme suchen und enorm dankbar sein werden für ein Hebammenzentrum. Um dem Problem zu begegnen, dass es Quartiere gibt, in denen eine unzureichende ärztliche Versorgung zur Verfügung steht, werden schrittweise regionale Gesundheitszentren aufgebaut.

Wenn wir schon beim Thema Gesundheit sind: Die vergangenen Wochen und Monate haben uns eindrücklich vor Augen geführt, worauf wir sicher in Zukunft nicht verzichten können, nämlich auf gut ausgestattete und voll finanzierte Krankenhäuser.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Zum sozialen Zusammenhalt gehört noch mehr. Wir stellen mit dem Handlungsfeld sichere und saubere Stadt die nötigen Mittel zur Verfügung, damit die Quartiere zu Orten werden, an denen man sich wohlfühlt, in denen Menschen gern spazieren gehen, ohne Angst haben zu müssen. Die Ergebnisse, die mir vor allem Bürgerinnen und Bürger immer wieder berichten, bestätigen auch den Eindruck, dass das Ordnungsamt hier richtig gute Arbeit macht.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Ein Handlungsfeld, möglicherweise mein Lieblingsthema, wird auch in den nächsten beiden Jahren auch aus haushälterischer Sicht der wichtigste Schwerpunkt dieser Koalition sein. Der Bereich Kinder und Bildung erhält in den kommenden beiden Jahren mit 365 Millionen Euro die meisten zusätzlichen Mittel. Zusätzliche Lehrerinnen und Lehrer werden eingestellt, hinzukommen noch Maßnahmen des Digitalpakts an Schulen, Mobilbauten an Schulen, der Ausbau der Qualitätsentwicklung und angesichts der Schülerinnen- und Schülerzahlen auch der Schulbau. Darüber hinaus werden wir noch eigene Stellen schaffen, um die Digitalisierung der Schulen und des Unterrichts voranzutreiben.

Die Erfahrungen der vergangenen Monate im Bereich Homeschooling zeigen doch deutlich, die Richtung stimmt, aber belassen dürfen wir es dabei nicht. Perspektivisch müssen wir hier noch mehr Geld in die Hand nehmen. Es müssen klare Standards definiert werden. Ersten guten Schritten sollen noch weitere bessere folgen, denn eines muss uns klar sein, die Digitalisierung des Unterrichts ist damit nicht fertig, sie hat gerade erst begonnen.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Im Kitabereich werden wir mit zusätzlichen Mitteln die praxisintegrierte Erzieherinnen- und Erzieherausbildung fortsetzen. Zusätzlich werden 40 Millionen Euro für die Ausfinanzierung des erforderlichen Schul- und Kitabaus zurückgelegt und die Kita ist wie versprochen endlich beitragsfrei in unseren beiden Städten.

Kommen wir zur zweiten Überschrift: Der Haushalt steht für ein wirtschaftlich starkes Bremen. Bremen und Bremerhaven sind besondere Standorte, ganz besondere Standorte. Wir haben eine starke Industriebasis, um die uns andere Städte auch beneiden.

Wir haben eine so hohe Exportquote wie kein anderes Bundesland. Das ist Segen und Fluch. Natürlich sind wir damit auch im besonderen Maße von der Entwicklung des Welthandels abhängig. Wir sind aber Hafen- und Logistikstandort, wir haben international agierende Unternehmen der Luft- und Raumfahrt, des Automobil- und Schiffbaus und der Stahlindustrie, und das ist ein Segen.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE – Vizepräsidentin Dogan übernimmt den Vorsitz.)

Die Lebensmittelindustrie als zweitgrößte Branche im produzierenden Gewerbe ist ebenso eine tragende Säule der Bremer Wirtschaft. Mit diesem Haushalt können auch die wichtigen und wesentlichen Projekte der Gewerbeentwicklung, der Entwicklung unserer Häfen, der Förderung der Zusammenarbeit von Wirtschaft und Wissenschaft und der überregionalen Verkehrsanbindung fortgesetzt werden.

Um die Wirtschaft in Bremen zukunftssicher zu machen, investieren wir in die Digitalisierung der kleinen und mittelständischen Unternehmen, fördern die Existenzgründung und finanzieren das Förderprogramm Luft- und Raumfahrt. Uns geht es dabei vor allem darum, die Unternehmen dahingehend zu unterstützen, auch gesellschaftliche Verantwortung zu übernehmen, das heißt ganz klar: Ein innovativer und starker Wirtschaftsstandort führt gute Arbeit und Klimaschutz zusammen.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Beispiele in Bremen und Bremerhaven reichen vom grünen Fliegen bis hin zu grünem Wasserstoff und wir stehen zu unserer Wirtschaft und unterstützen sie bestmöglich.

(Beifall SPD)

Auch den sozialen Arbeitsmarkt verlieren wir nicht aus den Augen. Mit maßgeschneiderten Initiativen stützen wir Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Land Bremen, wir intensivieren die Arbeitsmarktförderung, stärken gezielt die Fort- und Ausbildungsprogramme und setzen uns weiterhin für eine faire Entlohnung in allen Branchen ein.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Kommen wir zur dritten Überschrift: Der Haushalt ist ökologisch nachhaltig. Dass der Koalition, dass uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten

der Klimaschutz am Herzen liegt, wird auch in diesem Haushaltsentwurf sehr deutlich. Für uns ist sozial gerechte und ökologisch effektive Klimaschutzpolitik nun einmal auch ein Querschnittsthema. Zudem haben wir ein Handlungsfeld Klimaschutz mit einem Volumen von insgesamt 30 Millionen Euro für zwei Jahre eingerichtet. Damit wird die Verkehrswende eingeleitet, damit werden die Radwege verbessert und die ersten Maßnahmen zur autofreien Innenstadt umgesetzt. Die Stärkung und Attraktivierung des ÖPNV ist unbedingt notwendig, wenn wir wollen, dass die Leute ihr Auto möglichst stehen lassen. Das heißt für uns auch, wir wollen diese Mittel dafür nutzen, unseren ÖPNV preislich attraktiver zu gestalten.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Der Haushaltsentwurf ist trotz erkennbarer Schwerpunkte gleichzeitig ein guter und solider Schritt zur Konsolidierung des Haushaltspfades, er erfüllt alle Kriterien der Schuldenbremse. Wenn jetzt die Unken rufen, was denn mit dem Bremen-Fonds sei, dann sage ich, die haben nicht verstanden, worum es dabei geht. Dass eine solche Ausnahmesituation wie die jetzige mit der Coronakrise eingetreten ist, das ist unschön, aber angesichts der enormen Auswirkungen, die auf das Land Bremen zukommen, bin ich fest davon überzeugt, jeder und jedem, der oder dem etwas an dem Land Bremen liegt, sollte froh sein, dass wir das Geld in die Hand nehmen, um den wirtschaftlichen und sozialen Auswirkungen zu begegnen.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Nur so halten wir mit Schritt, nur so sichern wir die Zukunft Bremens und Bremerhavens nachhaltig ab.

Natürlich dürfen wir die Menschen bei uns, die Hilfe benötigen, auch nicht aus dem Blick verlieren, die Unternehmer, kleine Gewerbetreibende und Selbstständige, die Kulturschaffenden und nicht zuletzt die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und ihre Familien. Wir halten den Kurs der Haushaltssanierung, das macht dieser Haushaltsentwurf deutlich, aber wir reagieren auch entschlossen auf die aktuelle Notsituation. Das ist eine Notsituation, in der wir uns befinden, und wer da nicht das Nötige tut, wer da am falschen Ende spart, der verspielt die Zukunft unseres Bundeslandes und zahlt am Ende vielleicht sogar noch darauf.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Dieser Haushalt bietet Orientierung. Dieser Haushalt ist auch mutig, dieser Haushalt zeigt, wohin wir, wohin die Koalition, wohin das Land Bremen steuert. Orientierung hingegen können wir der Opposition mit Sicherheit nicht vorwerfen. Orientierungslosigkeit und Widerspruch, das ist Ihr Gebot der Stunde, Kollege Röwekamp.

Welche Vorschläge hatten Sie denn jetzt in Ihrem Redebeitrag zu bieten? Wird nun zu viel oder zu wenig Geld ausgegeben? Soll unser Tafelsilber unter Wert verkauft werden, ja oder nein? Sind städtische Wohnungsbaugesellschaften eigentlich ein Fluch oder ein Segen aus Ihrer Sicht? Wäre es eine geniale Idee gewesen, die BREBAU, die GEWOBA und die STÄWOG zu verkaufen? Wir haben dazu eine klare Haltung, wir stehen zu unserem öffentlichen Eigentum und zu den damit verbundenen Gestaltungsmöglichkeiten, und wir sind froh, dass wir die BREBAU auch zurück in die öffentliche Hand geholt haben.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

In einem müssen Sie sich entscheiden: Ist es richtig, den Folgen von Corona mutig eigene Anstrengungen entgegenzusetzen, ja oder nein, Kollege Röwekamp? Es geht nicht, in Nordrhein-Westfalen das eine zu sagen, weil dort CDU und FDP die Landesregierung stellen, und hier das andere, weil Sie sich hier in der Opposition befinden. Die Dramatik der Stunde haben Sie, lieber Herr Röwekamp, scheinbar noch nicht verstanden. Herr Eckhoff ist da schon deutlich weiter, aber für was steht jetzt eigentlich die CDU-Fraktion?

Es ist ja schon, das muss man eingestehen, ein wenig beruhigend, dass es mit Ihrem haushalts- und finanzpolitischen Sprecher wenigstens einen gibt, der sich dafür einsetzt, dass Bremen und Bremerhaven mit Hilfe der Aufnahme von Krediten hoffentlich gestärkt aus der Krise herausgehen. Noch beruhigender fände ich es aber, wenn sich die Linie „Bremen und Bremerhaven zuerst“ in Gänze bei Ihnen durchsetzen würde, liebe Kolleginnen und Kollegen der CDU und der FDP.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Abschließend möchte ich mich bei allen bedanken, die in den vergangenen Wochen und Monaten trotz der erschwerten Bedingungen dafür gesorgt haben, dass ein solch solider und umfangreicher Haushaltsentwurf zustande gekommen ist. Eines kündigt ich dem Senat selbstbewusst an: Kein

Haushalt kommt aus dem Parlament, wie er hineingekommen ist.

(Heiterkeit und Beifall SPD)

Wir haben aber jetzt eine gute Grundlage für die weiteren Beratungen und ich bin zuversichtlich, dass wir in den kommenden Wochen einen tragfähigen, einen starken, einen nachhaltigen und einen sozialen Haushalt auf die Beine stellen, einen Haushalt, der Lust auf Zukunft macht. – Vielen Dank!

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Vizepräsidentin Dogan: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Fecker.

Abgeordneter Fecker (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ihnen liegen zur heutigen Sitzung die Entwürfe der Haushalte der Jahre 2020 und 2021 vor. Mit Ihrer Zustimmung können Sie heute dazu beitragen, unser Bundesland und seine beiden Kommunen ein ganzes Stück voranzubringen, denn wenn man einmal vom Theaterdonner der CDU auf die Sachebene kommt, wird man in vielen Bereichen eine entscheidende Verbesserung wahrnehmen. Verbesserungen, die diese Regierungskoalition den Menschen versprochen hat. Kurz zusammengefasst: Wir liefern, meine Damen und Herren!

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, SPD, DIE LINKE)

Bildung und Klimaschutz sind Kernpunkte der beiden Haushalte. Hinzu kommen weitere Impulse im Bereich der Armutsbekämpfung und des sozialen Zusammenhalts, im Bereich der inneren Sicherheit, der Wissenschaft und des Kulturbereichs. Bevor ich auf die Details eingehe, möchte ich zu Beginn, ähnlich wie Herr Dietmar Strehl, einen kurzen Blick über die Schulter in die Vergangenheit gönnen:

Unser Bundesland hat es geschafft – mit viel Einsatz und einem klaren Kurs hat Bremen den Sanierungspfad erfolgreich beschritten. Damit ist etwas gelungen, an das kaum einer in der Opposition und kaum jemand auf der Bundesebene geglaubt hat. In den Verhandlungen mit dem Bund und den anderen Ländern konnte Bremen als verlässlicher Partner auftreten. Wer das nur dem Glück und den niedrigen Zinsen zuschreibt, verkennt die historische Leistung der Verantwortlichen der vergangenen Jahre.

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, SPD)

Nun zwingt uns eine globale Notlage dazu, wieder Schulden aufzunehmen, statt sie weiter abzubauen. Wir als grüne Bürgerschaftsfraktion halten diesen Weg für den richtigen, aber dazu komme ich später an anderer Stelle noch einmal.

210 Millionen Euro mehr und damit erstmals über eine Milliarde Euro stehen für Kitas und Schulen bereit. Das bedeutet konkret, weiterer Neubau von Kitas und Schulen, zusätzliche Erzieherinnen und Erzieher, zusätzliche Lehrkräfte, zusätzliche Schulsozialarbeiter*Innen und Assistenzen im Bereich der Inklusion, Qualitätsverbesserung und Digitalisierung sind ebenso enthalten wie die bessere und vollkommen notwendige bessere Bezahlung von Grundschullehrkräften und die Kita-Beitragsfreiheit.

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, SPD, DIE LINKE)

In Bremen und in Bremerhaven müssen wir im Schulbereich besser werden und dieser Haushalt setzt diesen klaren Kurs fort. Unsere Zukunftsprojekte drücken heute noch die Schulbank, meine Damen und Herren!

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen)

Machen wir uns aber nichts vor, wir haben auch Verantwortung für diese jungen Menschen, ihnen eine bewohnbare Erde zu übergeben. Die Zeichen sind alarmierend. Deutschland droht der dritte Dürresommer in Folge. In anderen Teilen der Erde drohen Überschwemmungen und immer häufiger treten Wetterextreme auf. Die Temperatur steigt, die Gletscher schmelzen und der Meeresspiegel steigt an.

Im Bereich des Klimaschutzes sind wir nicht im Bereich kurz vor zwölf, sondern in der Nachspielzeit. Dass für unsere Koalition der Klimaschutz nicht nur die Aufgabe der zuständigen Bürgermeisterin ist, sondern eine Gesamtverantwortung des Senats sein muss, ist in diesem Haushalt mehr als deutlich.

Erstmals gibt es ein ressortübergreifendes Klimaschutzbudget in Höhe von 30 Millionen Euro. Hier geht es um ganz konkrete Maßnahmen zur Senkung der klimaschädlichen CO₂-Emissionen, aber auch im Etat der Senatorin für Klimaschutz, Umwelt, Mobilität, Stadtentwicklung und Wohnungsbau finden sich die politischen Ziele dieser Regierung wieder: Vervierfachung des Radverkehrs bedeutet Ausbau und Instandsetzung. Die lange

diskutierten Straßenbahnlinien werden nun endlich rollen, mehr Geld für energetische Sanierung und der Einstieg in die autofreie Innenstadt werden erfolgen.

Gesunde Ernährung für unsere Kinder und gleichzeitiger Klimaschutz sind Merkmale des Aktionsplans 2025 und der damit verbundenen Umstellung des Essens in den Kitas und Schulen. Wir stellen uns unserer Verantwortung, dieser Haushalt stellt dafür die notwendigen Weichen, meine Damen und Herren!

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, SPD, DIE LINKE)

Bremen und Bremerhaven haben leider auch eine hohe Arbeitslosigkeit. Wir haben hier eine Verantwortung für die vielen Menschen und müssen Perspektiven aufzeigen. Wir tun das unter anderem durch das neue Programm für arbeitslose Alleinerziehende und setzen die bewährten Programme in diesen Bereichen fort.

Es gibt aber auch noch eine zweite Dimension, nämlich das konkrete Leben in der Arbeitslosigkeit, in der Armut im Quartier. Hier gibt es unzählige richtig gute Initiativen, die Perspektiven aufzeigen und Menschen fest in unserer Gesellschaft binden. Deswegen ist sowohl die geplante Mittelaufstockung für das Programm „Wohnen in Nachbarschaften“, als auch das Landesprogramm „Lebendige Quartiere“ nicht nur wichtig, sie sind zwingend erforderlich, denn wir lassen niemanden allein.

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, SPD, DIE LINKE)

Unser Bundesland, das vergisst immer der eine oder andere, besteht aus zwei Städten. Für den kommunalen Haushalt in Bremerhaven tragen der dortige Magistrat und die Stadtverordnetenversammlung die Verantwortung. Vonseiten des Landes ist aber vollkommen klar, dass wir gewillt sind, auch in Zukunft in Bremerhaven massiv zu investieren. Zuerst natürlich beim Ausbau der Hochschule, aber natürlich auch bei den Häfen als das Rückgrat von Wirtschaft und Arbeit. Neben dem Neubau der Columbuskaje, dem Neubau der Nordmole und dem Ersatz der Kaje 66, haben wir auch das Landesprogramm „Lebendige Quartiere“, auf das ich schon hingewiesen habe.

Gestatten Sie mir aber auch den Hinweis, dass die Städte Bremen und Bremerhaven durch eine wesentliche Entscheidung im letzten Jahr neue Handlungsspielräume erhalten haben. Die Übernahme

der Schulden durch das Land Bremen hat beiden kommunalen Gebietskörperschaften finanzielle Spielräume verschafft, die gilt es nun auch in beiden Städten zu nutzen.

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, SPD, DIE LINKE)

Ich könnte jetzt noch auf die zehn Millionen Euro mehr für den Kulturbereich verweisen, den Einstieg in die Umsetzung des Wissenschaftsplans, den Ausbau von Polizei- und Ordnungsdienst, die Stärkung im Bereich der offenen Kinder- und Jugendarbeit und viele weitere wichtige Maßnahmen. Ich will aber dem Diskurs, der in der zweiten Lesung stattfindet, in dem wir traditionell auch noch einmal alle Politikbereiche gesondert diskutieren, nicht vorgreifen.

Natürlich werden wir uns aber auch als Regierungskoalition über den Haushalt beugen und sicherlich noch die eine oder andere Veränderung, das eine oder andere Projekt hinzufügen. Wir arbeiten jetzt daran, einen guten Haushalt noch besser zu machen.

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, SPD, DIE LINKE)

Anhand der Aufzählungen merken Sie aber schon, dass der typische Beißreflex der Bremer CDU in Sachen Haushalt zwar kraftvoll, aber nicht inhaltlich begründbar war. Sie machen die Lautstärke, meine Damen und Herren von der CDU, und wir setzen die Schwerpunkte im Sinne unseres Landes.

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, SPD, DIE LINKE)

Wenn man sich fragt, wo jetzt gerade die inhaltlichen Alternativen waren, so hat man sie vielleicht an der einen oder anderen Stelle am Horizont schimmern sehen, in allgemeiner Form, was Sie aber total verweigert haben in Ihrem Redebeitrag ist die Aussage, wo Sie in diesem Haushalt konkret Geld wegnehmen wollen, um andere Projekte zu finanzieren. Da bleiben Sie wie immer alle Antworten schuldig, meine Damen und Herren von der CDU.

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, SPD, DIE LINKE)

Die Bremer CDU fragt sich auch, ob der Bremen-Fonds im Sinne unseres Landes verausgabt wird. Also sie fragt sich unterschiedlich, ob man ihn braucht und dann noch einmal, ob es im Sinne unseres Landes verausgabt wird. Das beantworte ich Ihnen aus grüner Sicht mit einem klaren: Ja!

Ich will es an drei Punkten festmachen: Erstens, müssen die nun anstehenden Mehrkosten für Schutzausrüstung, medizinische Gerätschaften und so weiter finanziert werden. Wir sind uns wahrscheinlich einig, dass wir weder im Krankenhaus, noch an anderer Stelle diejenigen, für die wir noch vor kurzem hier applaudiert haben, nun im Regen stehen lassen wollen, deswegen sind diese Investitionen in diesem Bereich notwendig und werden weiter getätigt, meine Damen und Herren.

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, SPD, DIE LINKE)

Zweiten ist unabweisbar, dass auch unsere staatlichen Gesellschaften ein nicht zu vertretendes Loch in ihrem Haushalt haben werden. Wenn weniger Menschen die Busse und Bahnen nutzen, wenn der kommunale Krankenträger mehr Ausgaben und gleichzeitig Einnahmefälle hat, wenn die Anzahl der Container weniger wird oder aber Messen und Kongresse abgesagt werden müssen, dann ist das für die Unternehmen ein Fiasko und unsere Aufgabe ist es, sie in diesen schwierigen Zeiten mehr denn je zu unterstützen.

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, SPD)

Ob es hierzu auch Unterstützung des Bundes gibt, und wenn ja, in welcher Höhe, wissen wir derzeit noch nicht. Jens Spahn, unser Bundesgesundheitsminister, kündigt immer gern an, hat aber nur dann, höflich formuliert, gelegentlich Lieferprobleme.

(Abgeordneter Dr. vom Bruch [CDU]: So ein Quatsch!)

Der Bundesverkehrsminister, meine Damen und Herren, ja, gut, was soll ich sagen, Andreas Scheuer halt.

Der dritte Grund, warum wir das Geld im Sinne unseres Landes ausgeben werden, liegt ebenso auf der Hand, weil wir damit unsere Wirtschaft stützen und das Klima schützen wollen. Dabei haben wir, so habe ich gelesen, die Handelskammer an unserer Seite.

Zum Bremen-Fonds und den spezifischen Maßnahmen wäre es heute aus meiner Sicht noch zu früh, einen fertigen Plan vorzulegen. Niemand weiß, wie sich diese Pandemie entwickelt und welche Herausforderungen auf uns zukommen. Wir tun sicherlich gut daran, mit einem großen Schulterchluss möglichst viele in diese Maßnahmen einzubinden und als Politiker auch genau zuzuhören. Deswegen

will ich an dieser Stelle auch unsere Leitlinien kurz benennen:

Die erste Leitlinie lautet: Das Parlament gibt die Mittel frei. Wir tun aus grüner Sicht gut daran, als Parlament unsere Rolle selbstbewusst in die Diskussion einzubringen, mit eigenen Ideen zu bereichern und auch kontrovers um den besten Weg zu streiten. So richtig die Ad-hoc-Hilfen auch waren und so wenig sie an Bedingungen geknüpft waren, nun geht es um strukturelle Entscheidungen. Nun geht es auch um die Be- oder Entlastung der Zukunft. Die Schulden von heute belasten die Haushalte von morgen. Es gehört auch zu einer nachhaltigen Finanzpolitik, sich dieses Umstandes bewusst zu sein und deswegen wird dieses Parlament sehr genau über die Vorschläge beraten und sich mit eigenen Ideen einbringen, meine Damen und Herren.

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, SPD, DIE LINKE)

Die zweite Leitlinie lautet: Diese Krise hat auch ein soziales Ausmaß. Zwar unterscheidet der Virus nicht nach sozialer Herkunft, aber die Krise verschärft die soziale Spaltung. Sie greift tief in unsere Gesellschaft. Wenn wir es ernst meinen im Umgang mit den Folgen dieser Pandemie, dann bedeutet das für uns Grüne auch, dass wir mit diesen Mitteln eine massive Unterstützung für die Bekämpfung der sozialen Folgen dieser Krise leisten müssen.

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, SPD, DIE LINKE)

Da geht es eben nicht darum, Projekte, die man im Haushalt nicht unterbekommen hat, nun doch noch rasch zu finanzieren, sondern es geht um die Frage, ob uns beispielsweise die Kinder, die auf sich allein gestellt waren, die keine Hilfe bekommen haben, ob wir die als Kollateralschäden dieser Krise abschreiben wollen oder ob wir unserer Verantwortung gerecht werden wollen. Um nichts anderes geht es bei dieser Frage, meine Damen und Herren.

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, SPD, DIE LINKE)

Das heißt aber nicht, dass wir nicht auch in die Wirtschaft investieren müssen. Das ist für mich auch kein Widerspruch. Nur auch hier dürfen wir doch die existenzielle Frage unserer Gesellschaft, nämlich die des Klimawandels nicht ausklammern. Wir wären doch nicht recht bei Verstand, wenn wir nicht jetzt in die nachhaltige Sicherung von Arbeitsplätzen investieren würden, indem man die

notwendige ökologische Modernisierung vorantreibt. Konjunktur stützen und Klima schützen muss unsere dritte Leitlinie für diesen Bremen-Fonds sein. – In diesem Sinne freue ich mich auf die weitere Diskussion mit Ihnen und danke Ihnen herzlich für die Aufmerksamkeit!

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, SPD, DIE LINKE)

Vizepräsidentin Dogan: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Rupp.

Abgeordneter Rupp (DIE LINKE): Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren, Kolleginnen und Kollegen! Es ist schon ein bisschen ungewöhnlich in dieser Rolle eine Haushaltsdebatte bestreiten zu müssen – zumindest für mich, deswegen bitte ich um Nachsicht,

(Heiterkeit CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen – Abgeordnete Dr. Müller [Bündnis 90/Die Grünen]: Willkommen im Klub!)

wenn manchmal noch ein bisschen Opposition durchschimmert –

(Abgeordnete Dr. Müller [Bündnis 90/Die Grünen]: Was?)

und ich manchmal nicht den nötigen Enthusiasmus aufbringe, um regierungskonform zu debattieren. Lassen wir es auf einen Versuch ankommen.

(Zuruf: Wir sind gespannt! – Abgeordneter Dr. Buhkert [FDP]: Rollenklarheit!)

Ich bin mit dem Finanzsenator nicht so ganz einig, was die Auswertung des Konsolidierungspfades und die Frage angeht, ob es ein Erfolg war oder nicht. Das ist aber auch naturgemäß, das trennt uns aber nicht wirklich, sondern wir finden auch darüber immer wieder zusammen.

Wir sind uns einig, dass wir uns in dem Bestreben das Beste aus den gegebenen Möglichkeiten herauszuholen, immer auf das Finanzressort verlassen konnten und dass die Probleme der letzten zwölf Monate, so vielfältig sie waren, Koalitionsverhandlungen, Haushaltsverhandlungen, die Situation der GeNo, Coronapandemie, deutlich machen, dass das Finanzressort sich nicht über mangelnde Beschäftigung beklagen konnte. Deshalb gilt der Dank meiner Fraktion den Mitarbeiterinnen und den Mitarbeitern und den Verantwortlichen im Finanzressort dafür, dass sie unsere Fraktion auch in

dieser Phase derart unterstützt haben und wir immer einen ziemlich transparenten Einblick in die Vorgänge gehabt haben.

(Beifall DIE LINKE, SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Einig bin ich mir mit Dietmar Strehl in der Einschätzung, dass es völlig kontraproduktiv wäre, letztendlich auch nicht möglich, die Einnahmehausfälle der nächsten Jahre in irgendeiner Weise durch Haushaltskürzungen ausgleichen zu wollen. Wer sich ernsthaft mit dem Haushalt beschäftigt, der weiß, dass das nicht geht. Deswegen ist es der Not geschuldet, zunächst der Not geschuldet, dass wir diese Ausfälle durch Neuverschuldung ausgleichen müssen.

Ich will mich auch im Namen meiner Fraktion bei unseren Koalitionspartner*innen bedanken. Naturgemäß gab es viele Debatten im Detail: Was machen wir zuerst? Wie viel Geld haben wir für notwendige Projekte? Was müssen wir wohl oder übel erst einmal zurückstecken? Wir waren uns aber einig, dass wir ein anderes Bremen haben wollen, eines mit mehr sozialer Gerechtigkeit, mit besserer Bildung, mit mehr Maßnahmen gegen den Klimawandel und auch mit mehr Kultur.

Nicht zuletzt gilt der Dank der Abgeordneten meiner Fraktion auch unseren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Sie haben akribisch Projekte und Anträge erarbeitet, mit denen wir in die Haushaltsverhandlungen gegangen sind, namentlich will ich meinen Mitarbeiter Jan Restat erwähnen. Ich gestehe ein, das war für unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter nicht immer ganz einfach, insbesondere wenn der haushalts- und finanzpolitische Sprecher der Fraktion Klaus-Rainer Rupp heißt.

Vor einem Jahr waren wir unmittelbar vor der Bürgerschaftswahl. In den Medien wurde immer der Eindruck erweckt, wir hätten ab dem Jahr 2020 475, 480 Millionen Euro mehr zur Verfügung. Als chronischer finanzpolitischer Nörgler habe ich versucht allzu große Erwartungen zu dämpfen. Bremen hat sich verpflichtet 80 Millionen Euro Schulden im Jahr zu tilgen, außerdem mussten wir in diesem Haushalt auch noch 125 Millionen Euro ausgleichen, die letztes Jahr noch kreditfinanziert waren. Es verblieben also 275 Millionen von den 475 Millionen Euro.

Darüber hinaus hat die vorangegangene Landesregierung Vorabdotierungen beschlossen, das hat den denkbaren Spielraum weiter um circa 160 Millionen Euro pro Jahr reduziert. Wohlgermerkt, diese

Vorabdotierungen waren schon ein Vorgriff auf die Koalitionsverhandlungen und waren ein Stück weit ein Vorgriff auf die nötigen Maßnahmen, die wir jetzt mit diesem Haushalt auch beschließen. Es ging dabei unter anderem um Kita-Beitragsfreiheit, um eine bessere Bezahlung für Grundschullehrkräfte und um mehr Lehrpersonal. Das war dringend notwendig, deswegen waren diese Vorabdotierungen auch vollständig richtig.

Es gab auch eine Liste mit Haushaltsrisiken, die nicht unerhebliche Einschränkungen nach sich zogen. Zu nennen sei hier insbesondere der Wissenschaftsplan, dessen unmittelbare Umsetzung dieses und nächstes Jahr den Haushalt mit insgesamt circa 120 Millionen Euro belastet hätte. Wir waren gezwungen, diesen Plan ein wenig zu strecken und nach hinten zu schieben, unter anderem deswegen, weil wir möglicherweise gar nicht in der Lage gewesen wären, in diesem Jahr die nötigen investiven Maßnahmen umzusetzen. Klar ist aber, dass insbesondere in dem Bereich Herausforderungen auf uns zukommen, die wir jetzt noch nicht vollständig übersehen und deren Finanzierung wir auch bis jetzt nicht gesichert haben. So viel gehört zur Wahrheit und zur Ehrlichkeit dazu. Es war so, dass keine dieser Positionen auch auf der Risikoliste oder bei den Vorabdotierungen – das konnte man einfach so streichen, das konnte man einfach so vom Tapet nehmen –.

Trotzdem ist es gelungen, einen Haushalt vorzulegen, der die erklärten Ziele des Koalitionsvertrages zu einem nicht unwesentlichen Teil, wenn auch nicht vollständig, finanziell unterlegt. Das hat hauptsächlich damit zu tun, dass wir die Verhandlungen weniger gegeneinander, sondern mehr miteinander geführt haben. Das, finde ich, ist ein Ergebnis, auf das wir durchaus stolz sein können. Das ist bemerkenswert und das hätte uns vor einem Jahr kaum jemand zugetraut.

(Beifall DIE LINKE, SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Ja, wir müssen einen Haushalt beschließen, in dem wir sogenannte globale Minderausgaben eingestellt haben. Wenn ich mich richtig erinnere, sind das etwa 60 Millionen Euro. Das ist ungefähr ein Prozent des Haushaltes. So eine Einstellung ist aber vernünftig. Warum ist das vernünftig? Weil wir nicht wissen können, an welcher Stelle sich vielleicht Projekte verzögern oder wir möglicherweise Stellen nicht besetzen können. Es wäre unvernünftig, nicht die Möglichkeiten zu schaffen, an dieser oder jener Stelle Ausgaben zu tätigen und es wäre

unvernünftig, nicht die notwendigen Stellen einzurichten, weil wir gar nicht wissen, wie hoch die Trefferquote für die Ausgaben sein wird. Eine Trefferquote von 99 Prozent ist schon vergleichsweise hoch. Deswegen halte ich ein Prozent globale Minderausgaben für vollkommen gerechtfertigt und

(Beifall DIE LINKE, Bündnis 90/Die Grünen)

einen wesentlichen Beitrag zur Finanzierung der neuen und insbesondere der Koalitionsvorhaben leisten in den zukünftigen beiden Haushalten Mittel aus der sogenannten Anstalt für Versorgungsvorsorge. Man muss deutlich sagen, das sind jetzt nicht Mittel, die Versorgungsempfängerinnen und -empfängern vorenthalten worden sind oder vorenthalten werden. Das sind Mittel, die für genau den Fall angespart worden sind, den wir jetzt haben. Wir haben in diesen beiden Jahren die höchste Anzahl von Versorgungsempfängerinnen und -empfängern und dieser Fonds war dazu gemacht, in dieser Situation die Ausgaben für die Versorgung zu stützen.

(Vizepräsidentin Grotheer übernimmt den Vorsitz.)

Deswegen ist es folgerichtig, dass wir in dieser Zeit ein Stück weit Mittel aus diesem Fonds entnehmen und es ist nicht wahr, dass wir diese Anstalt für Vorsorge auflösen, sondern wir nehmen einen Teil der Mittel heraus. Wir werden uns auch Gedanken darüber machen müssen, was wir eigentlich mit den verbliebenen Mitteln machen.

(Zuruf Abgeordneter Dr. vom Bruch [CDU])

Wir haben sie bisher immer angelegt und waren in der Lage, Zinsen für diese Einlagen zu erwirtschaften. Das ist heute offensichtlich nicht mehr möglich. Wir müssen uns auch Gedanken machen, wo wir das Geld anlegen. Ich bin dafür, dass wir das nach moralischen und ethischen Grundsätzen machen, die wir auch an anderer Stelle als Maßstab nehmen. Das Geld nicht zu benutzen heißt, dass wir keinen Freiraum für andere Investitionen in anderen Bereichen haben. Das ist etwas, was wir in diesem Haushalt nicht wollen.

(Beifall DIE LINKE)

Meine Damen und Herren, was ist neu und positiv am jetzigen Haushalt? Eine wesentliche Neuerung, die uns über die Jahre immer beschäftigt hat ist, dass die sogenannte PEP-Quote, also die Personalentwicklungsplanquote beendet ist. Wir stellen über 600 Menschen neu ein, wir bauen über 600

Stellen neu auf. Allein in der Bildung ist die Personalzielzahl um 200 Stellen angehoben. Das ist dringend notwendig, denn um die Funktionsfähigkeit von Verwaltung, von Bildung, von Inneres und so weiter sicherzustellen, gibt es keine Alternative.

Neben den bisherigen Handlungsfeldern wie „Sichere und saubere Stadt“ und anderen, gibt es ein neues Handlungsfeld, das ist der Klimaschutz. Jetzt bekamen wir gerade den Vorwurf, wir wüssten ja noch gar nicht, was wir mit dem Geld machen und wir dürfen deswegen dafür kein Geld in den Haushalt einstellen. Ich halte dieses Herangehen für vollständigen Unsinn. Wir können und wir sollten diesen Fonds nehmen und wir müssen schauen, was wir mit diesem Geld erreichen.

Man kommt auf zwei Wegen zum Ziel, man kann erst lange überlegen, was möglich ist, dann kann man lange rechnen, was es kostet und dann kann man schauen, wie man das vielleicht in einem Haushalt von zwei Jahren schafft. Ich finde das jetzige Herangehen mutiger, zu sagen: Wir nehmen zumindest 30 Millionen Euro und schauen, welche schon bekannten Projekten, die es in dieser Stadt gibt, man umsetzen kann um damit beim Ausbau des Klimaschutzes schneller zu werden. Das ist mutiges Herangehen und nicht etwa Unsinn.

(Beifall DIE LINKE, SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Wir haben die Kita-Beitragsfreiheit, ein neues Bäderkonzept für das Horner Bad und das Westbad umgesetzt. Wir haben den 1-Euro-Eintritt für Kinder und Jugendliche in Freibädern beschlossen, wir haben Landesmindestlohn bei den Zuwendungsempfänger*innen beschlossen, die Erzieherinnen und Erzieher in Schwerpunkt-Kitas bekommen mehr Geld. Wir haben ein Aktionsprogramm für Alleinerziehende, Ausbau geförderter Beschäftigung, wir wollen mehr Gesundheits- und Hebammenzentren, wir wollen Gesundheitstreffe in den Stadtteilen, wir wollen eine Ausfinanzierung der Pflegeausbildung, wir wollen einen Aktionsplan gegen häusliche Gewalt, wir wollen einen Drogenkonsumraum, wir wollen einen neuen Fördercluster Ernährungswirtschaft. Das, meine Damen und Herren, ist die Antwort auf die Frage, wie wir es eigentlich schaffen die ständig steigenden Sozialleistungen ein Stück weit einzugrenzen.

Auf diese Frage und auf dieses Problem gibt es nicht eine Antwort. Da braucht es viele Antworten und einen Teil dieser Antworten habe ich gerade vorgelesen. Sie sind alle mit großen Beträgen hinterlegt, die ich jetzt hier nicht wiederholen will,

aber das, wie gesagt, ist die Antwort auf die Frage, wie wir es eigentlich schaffen Sozialleistungen einzugrenzen.

(Beifall DIE LINKE, SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Ausdrücklich erwähnen möchte ich an dieser Stelle die 4,9 Millionen Euro für das Programm „Lebendige Quartiere“. Ich möchte auch erwähnen, dass sich diese Koalition Programme und Programme zur Förderung von vier politischen Projekten auf die Fahnen geschrieben hat. Das ist etwas, das in diesem Maße auch für diese Regierung in Bremen neu ist. Es gibt mehr Geld für Freizeit, Sportanlagen, Schulsozialarbeit, Schulen in anderen Stadtteilen und so weiter. Ich erspare es Ihnen hinter jedem Programm einen Betrag zu nennen, Sie hätten wahrscheinlich Mühe, sich an den ersten zu erinnern, wenn ich den vierten genannt habe.

(Abgeordneter Dr. vom Bruch [CDU]: Sie unterschätzen uns!)

Im Zweifel kann man das auch nachlesen, es steht im Entwurf zum Haushalt, wie viel wir dafür ausgeben. Aber diese Liste und die damit hinterlegten Gelder untermauern den Anspruch der Koalition, die erkannten Probleme in Bremen zu lösen und in die Zukunft von Bremen zu investieren.

(Beifall DIE LINKE, SPD)

Ich will auch nicht verhehlen, dass es, nach meiner Sicht, innerhalb der Koalition auch überhaupt nicht strittig war, dass wir noch eine ganze Reihe von Aufgaben haben, die weiterer Anstrengungen bedürfen, um sie zu lösen. Wir haben in diesem Haushalt tatsächlich eine große Summe mehr für Kindertagesstätten und Bildung. Wir wissen aber auch, dass mit diesen beiden Haushalten und in diesen beiden Jahren die Probleme natürlich nicht gelöst werden.

Im Juli letzten Jahres gab es allein für Schulerweiterung und für Schulneubau ohne Kitas bis 2030 einen Investitionsbedarf von 1,6 Milliarden Euro. Dies jetzt ist ein Anfang, aber ungefähr 1,2 Milliarden Euro waren damals noch nicht finanziert und ja, wir müssen uns als Koalition verpflichten, dieses Problem zu lösen. Wir brauchen diese Schulen und diese Kitas, sonst haben Kinder keinen Kindergartenplatz und in den vorhandenen Klassenräumen wird es dann deutlich enger.

(Beifall DIE LINKE)

Ja, das ist etwas, das wir noch nicht gelöst haben, aber ich verspreche Ihnen, diese Probleme werden wir lösen.

Es gibt auch noch weitere Beschlüsse der Koalition, die wir umsetzen müssen. Die Koalition will einen Bodenfonds. Wir wollen den Nettoflächenverkauf beenden, um städtische Vorkaufsrechte ziehen zu können, um Erbpachtmodelle umzusetzen und Flächen von strategischer Bedeutung für die Stadtentwicklung in öffentlicher Hand zu entwickeln. Den städtischen Wohnungsbaugesellschaften kommt in diesem Zusammenhang eine strategische Rolle zu.

Besonders wichtig ist mir, weil ich mich damit jetzt auch schon seit Jahren beschäftige, dass wir die Gesundheit Nord gGmbH finanziell so ausstatten und personell so aufstellen, dass sie weiterhin dieses hohe Maß an gesundheitlicher Versorgung in Bremen sicherstellen kann. Die Notwendigkeit, das haben andere Redner*innen schon betont, hat sich insbesondere in der Krise bestätigt. Aber auch ohne Corona wäre es notwendig gewesen, das zu tun.

Wir wollen dieses Maß an gesundheitlicher Versorgung in Bremen. Es gibt kaum einen Bereich, in dem Steuern besser ausgegeben werden können als für die gesundheitliche Versorgung der Menschen in diesem Bundesland.

Deswegen ist es keine Frage, ob wir die GeNo retten sollen, es ist die Frage wie. Da ist es auch nicht so, dass man einfach einen Sanierer fordern kann, sondern die Probleme, die die GeNo auch schon vor der Coronapandemie hatte, waren so facettenreich und so vielfältig, dass es da auch nicht eine Antwort gibt, sondern wir brauchen mehrere Antworten. Unglücklicherweise ist uns auf dem Weg, Antworten zu finden, diese Pandemie dazwischengekommen. Das bedeutet, dass wir deutlich mehr Geld als bisher in die Hand nehmen müssen, um die Funktion der Gesundheit Nord gGmbH und damit die gesundheitliche Versorgung der Menschen in diesem Land sicherzustellen.

(Abgeordneter Bensch [CDU]: Die anderen Kliniken auch, bitte!)

Die anderen Kliniken auch.

(Abgeordneter Bensch [CDU]: Also hohe Investitionsbeiträge bitte für alle!)

Ja, das steht so im Koalitionsvertrag. Wir müssen auch zur Wirtschaftsförderung schauen. Vor dem

Hintergrund der wirtschaftlichen Folgen der Coronapandemie ist es gerade Unsinn zu versuchen, die Wirtschaftsförderung betriebswirtschaftlich zu organisieren. Das hat schon in der Vergangenheit nicht funktioniert, sich durch Bodenverkäufe und Ähnliches über Jahre über Wasser zu halten – das funktioniert nicht mehr.

Wir müssen jetzt vor dem Hintergrund der Folgen der Coronakrise schauen, was wir eigentlich tun müssen und welche Möglichkeiten wir haben, die WFB so aufzustellen, dass sie den Anforderungen sowohl Wirtschaft zu entwickeln als auch Klima zu schützen gerecht wird. Wir brauchen dafür auch eine nachhaltige Gewerbeflächenpolitik und aktives Management von Gewerbeflächen. Wenn wir so weitermachen wie bisher, werden wir Schwierigkeiten bekommen. Diesen Herausforderungen müssen wir uns stellen und es wird auch gut angelegtes Geld sein, das zu tun.

(Beifall DIE LINKE, SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Wir werden einige Ziele des Koalitionsvertrages wahrscheinlich erst in den nächsten beiden Haushalten angehen. Wir wollen mehr Sozial- und Belegwohnungen. Wir wollen die ÖPNV-Preise deutlich senken. Warum wollen wir das? Wir dürfen gerade jetzt, wo die BSAG aufgrund der Coronapandemie Einnahmeeinbußen hat, nicht zulassen, dass der motorisierte Individualverkehr wieder attraktiver wird als der öffentliche Personennahverkehr. Deswegen ist es möglicherweise genau richtig, antizyklisch zu handeln und zu sagen, vor dem Hintergrund der Notwendigkeit, die BSAG attraktiv zu machen, müssen wir über Ticketpreisverringerungen nachdenken, ansonsten werden wir dauerhaft ein Problem haben, dieses hohe Maß an ÖPNV aufrechtzuerhalten.

(Beifall DIE LINKE, SPD)

Wir müssen auch im Rahmen der nächsten Zeit darüber nachdenken, ob es eigentlich alternative Formen von Wirtschaften gibt. Ein Großteil der Folgen der Coronapandemie ist deswegen eingetreten, weil wir eine globalisierte Arbeitsteilung haben, weil wir Lieferketten haben, die um den ganzen Globus gehen, weil wir zum Beispiel gar nicht mehr in der Lage sind, aus dem Stand selbst Schutzausrüstungen herzustellen – ein Umstand, der, meines Erachtens, nicht richtig ist.

Deswegen müssen wir sehr sowohl darüber nachdenken, wo und wie wir produzieren und wir müssen auch überlegen, ob es eigentlich Alternativen

zum normalen Kapitalismus gibt: Es geht um Genossenschaften, um Baugemeinschaften, um soziale Unternehmen, um Gemeinnützigkeit, es geht um Social Entrepreneurship. Der Koalitionsvertrag erkennt diese Bedeutung an. Daran müssen wir noch arbeiten.

(Beifall DIE LINKE, SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Zu den Sozialleistungen und zu den steigenden Sozialleistungen habe ich schon etwas gesagt. Wir brauchen im Wesentlichen 1,15 Milliarden Euro um Menschen eine Wohnung zu ermöglichen, um Kinder vor problematischen Familiensituationen zu schützen. Ich sage auch, dass wir an der Senkung dieser Leistungen arbeiten müssen, indem wir die Ursachen beheben. Da bin ich mit meinem Kollegen Herrn Röwekamp durchaus einer Meinung. Wir sind unterschiedlicher Meinung, was dafür zu tun ist, und ob dafür etwas getan wird. Ich habe gesagt, wir tun es. Wenn wir damit Erfolg haben, schafft das in erster Linie mehr soziale Gerechtigkeit und in zweiter Linie haben wir dann auch eine Entlastung für den Haushalt.

Die Coronapandemie stellt die Welt vor bisher nicht gekannte Probleme. Gestern habe ich geschaut, da waren es fast fünf Millionen Menschen, die bestätigterweise an dem Virus erkrankt waren, über 300 000 Menschen sind mittlerweile weltweit gestorben. Deutschland war in dieser Hinsicht nicht so stark betroffen. Andere Länder hat es viel härter getroffen. Ein Ende ist nicht abzusehen. Wir wissen nicht, wann und ob wir einen Impfstoff haben und wir wissen nicht, wann und ob wir Medikamente dagegen haben werden.

An dieser Stelle will ich auch persönlich noch einmal meinen Dank an alle Menschen ausrichten, insbesondere an die Beschäftigten im Gesundheitswesen, die geholfen haben, die Folgen dieser Krise zu dämpfen. Sie haben großartige Arbeit geleistet! Dafür gilt ihnen einerseits der Dank und andererseits haben wir eindeutig die Aufgabe, Ihnen für ihre Leistungen nicht nur einen warmen Händedruck zukommen zu lassen, sondern auch ihre Gehaltssituation und ihre Arbeitsbedingungen in der Zukunft zu verbessern.

(Beifall DIE LINKE, SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Wie diese Pandemie unser soziales Leben verändert, können wir nur ahnen. Es wird deutliche Unterschiede geben. Wir haben mittlerweile einen ersten Ansatz einer Idee, was es für ökonomische

Folgen in Bremen hat. Wir wissen, dass die Beteiligungen Ergebnisverschlechterungen in Höhe von insgesamt 160 Millionen Euro haben.

Wir sind aber auch in der Lage gewesen, dass insbesondere Kleinunternehmen, Einzelunternehmen, Solo-Selbständigen und auch mittelständischen Unternehmen hier in Bremen vergleichsweise unmittelbar Hilfen ausgezahlt wurde. Von den 100 Millionen Euro, die da im Raum standen, sind mittlerweile, nach dem Stand der letzten Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses knapp 60 Millionen Euro ausgezahlt worden – mittlerweile wird es mehr sein. Das ist kein Kleingeld. Das sind wirksame Hilfen für kleine und mittlere Unternehmen, für Einzelhandel, für Gastronomie. Für die am Anfang nicht einfache, aber dann zügige Umsetzung, gilt es sich bei den beteiligten Menschen zu bedanken.

Wir haben, wie gesagt, einen ersten Eindruck von den Folgen: Die BSAG hat enorme Einbußen an Ticketeinnahmen, die wir ausgleichen müssen. Die GeNo hat Mehrkosten für Schutzrüstung und auch Einnahmeausfälle durch nicht durchgeführte Operationen und Ähnliches, das müssen wir ausgleichen. Die Folgen bei der Bremer Lagerhausgesellschaft sind noch nicht beziffert. Der Flughafen ist in einer deutlich schwierigen Situation und ob er da jemals wieder herauskommt, wissen wir nicht.

Deshalb ist der Vorschlag, einen Bremen-Fonds in Höhe von 1,2 Milliarden Euro aufzulegen, eine notwendige Maßnahme. Da wir das keinesfalls aus dem laufenden Haushalt finanzieren können, ist es folgerichtig, dass wir das mittels Kredit finanzieren. Nicht, weil wir es gut finden Schulden zu machen oder Schulden machen wollen um des Schuldenmachens willen, sondern weil wir momentan gar keine andere Geldquelle haben. Ich weiß sonst nicht, wo wir dieses Geld hernehmen und ich bin mir sicher, wenn wir jetzt sagen, dass wir eine Vermögensteuer einführen, dann wird Herr Röwekamp auch wieder aufstehen und sagen: Ihr müsst das Geld aber irgendwie anderweitig besorgen. Wir haben also momentan gar keine Alternative.

Es wurde gefragt: Wie kommt ihr eigentlich auf diese Höhe? Das haben wir ganz genau ausgerechnet, auf den Cent. Genau wie Bayern, genau wie Baden-Württemberg, genau wie Nordrhein-Westfalen, die einmal auf einen Schlag zehn und dann 20 Milliarden Euro auf den Tisch gelegt haben. So genau haben wir das ausgerechnet. Wir wissen nicht, ob es reicht, wir wissen nicht, ob es zu viel

ist, aber wir sind in der Lage, jetzt auf der Grundlage dieses Beschlusses erste Maßnahmen zur Rettung von Betrieben durchzuführen und Strukturveränderungen vorzunehmen.

(Beifall DIE LINKE, SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Wir sind in der Lage, erste Maßnahmen zu ergreifen, damit wir am Ende gestärkt aus dieser Krise hervorgehen. Wer das kritisiert, der handelt mutlos. Wir können es nicht vorher genau berechnen, sondern wir müssen den Freiraum für Sofortmaßnahmen und für zukunftssträchtige Investitionen schaffen – das hat diese Koalition gemacht!

Neulich hat mir jemand erzählt, es gab einmal eine Untersuchung, wie viele Solaranlagen man eigentlich auf öffentliche Gebäude stellen kann. Daraus ist so etwas wie ein Einhundert-Dächer-Programm entstanden. Ich fand diese Idee gut. Lasst uns darüber nachdenken: Können wir eigentlich auf öffentlichen Gebäuden Solardächer bauen? Das würde die kleinen und mittelständischen Unternehmen in der Region stärken. Das wäre ein deutlicher Beitrag gegen den Klimawandel und würde am Ende sogar noch Einnahmen generieren. Das ist, glaube ich, eine Idee, die wir nicht aus den Augen lassen sollten.

Die Steuerausfälle werden uns deutlich in der Entwicklung einer Politik zurückwerfen, die für Bremen und Bremerhaven notwendig wäre. Dieses Jahr ist es nicht das Problem. Wir können, außer dass wir dafür tatsächlich Kredite aufnehmen müssen –. Deswegen müssen wir unseren Blick auf das nächste Jahr richten: Wie wir diese 300 Millionen Euro insgesamt ausgleichen, die jetzt zu Buche schlagen und die wir vielleicht je zur Hälfte mit der Konjunkturkomponente ausgleichen werden, ist offen.

Ich bin sicher, dass wir es nicht schaffen werden, das durch Kürzungen zu erreichen. Wir dürfen es nicht durch Kürzungen erreichen. In dieser Notlage ist es wichtig, dass wir die Folgen der Pandemie, genauso wie den Bremen-Fonds auf der Basis der Haushaltsnotlage definieren und auch für nächstes Jahr die Haushaltsnotlage reklamieren, sonst stoßen wir mit dem Allerwertesten um, was wir mit den Händen mühsam aufgebaut haben.

Lassen Sie mich zum Schluss noch etwas zu den Ausführungen des Kollegen Herrn Röwekamp sagen: Ich bin ja immer wieder erstaunt, wie großartig Sie es schaffen, Fakten und kompletten Unsinn so zu vermischen, dass man Schwierigkeiten hat,

das auseinanderzuhalten. Sie haben diesen Haushalt kritisiert, weil er an ganz vielen Stellen zu wenig Geld ausgibt und dann haben Sie diesen Haushalt kritisiert, weil wir diesen Bremen-Fonds kreditfinanzieren. Ich weiß nicht, wo da die Lösung ist, das müssen Sie wirklich einmal sagen.

Wenn Sie dafür die Lösung finden, wenn Sie sagen, wir brauchen mehr für die Bildung, wir brauchen mehr Investitionen, wir brauchen mehr für den Klimaschutz, 30 Millionen Euro sind zu wenig, dann wäre es an der Zeit, uns zu erleuchten und deutlich zu machen, wo das Geld herkommt. Das haben Sie nicht getan. Das haben Sie auch in den letzten zwölf Jahren nicht gemacht. Vielleicht ist es ja jetzt angesichts der besonderen Situation und der Tatsache, dass wir eine rot-grün-rote Landesregierung haben, einmal ein Ansporn konkreter zu werden, wenn es um die Kritik der Haushalte geht. Ich warte mit Spannung darauf. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit!

(Beifall DIE LINKE, SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsidentin Grotheer: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Professor Hilz.

Abgeordneter Prof. Dr. Hilz (FDP): Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Nun liegen sie seit gestern tatsächlich vor, die Haushaltsgesetze 2020/2021. Fast ein Jahr nach der Wahl 2019 und nach fast fünf Monaten haushaltsloser Zeit mitten in der Coronakrise. Liebe rot-grün-rote Koalitionäre, wenn das mit Ihren Initiativen so weitergehen soll, wird Ihre Leistungsbilanz am Ende der Legislaturperiode sehr dünn ausfallen.

Man muss sich das einmal deutlich machen: Seit dem 15. August 2019 ist der neue Senat im Amt. Ein halbes Jahr hat es gedauert, bis der Senat sich überhaupt erst einmal auf Eckwerte einigen konnte und dann hat es noch einmal drei weitere Monate gedauert, bis wir heute die Haushaltsgesetze in erster Lesung beraten können und das mitten in der haushaltslosen Zeit. Mitten hinein ist auch noch die Coronakrise geschlagen. Damit kommt das Gesetz nicht nur mit deutlicher Verspätung, die vorgestellten Eckwerte waren bereits, bevor uns das Gesetz überhaupt vorgelegt wurde, Makulatur.

Von einem engen Zeitrahmen, bei allem Respekt, Herr Senator Strehl, kann aus unserer Sicht in diesem Fall nicht die Rede sein.

(Beifall FDP – Senator Strehl: In Bremerhaven geht es wirklich schneller!)

Herr Senator Strehl, Bremerhaven ist natürlich davon abhängig, was die Bürgerschaft hier entscheidet und kann erst danach den Haushalt aufstellen, so ist das leider in unserem Zweistädtestaat, gern hätten wir das in Bremerhaven schon früher aufgestellt.

(Senator Strehl: Ach so!)

In den vergangenen Wochen haben wir bereits über veranschlagte Einnahmen und Ausgaben geredet, die angesichts der historischen Einbrüche bei den Steuereinnahmen so offenkundig nicht haltbar waren. Die nun vorliegenden Gesetze machen die gesamte Dramatik der Situation deutlich: Für das Jahr 2020 werden neue Kredite in Höhe von 827 Millionen Euro aufgenommen. Das ist eine gigantische Summe für unser Bundesland. Die Tilgung erfolgt über 30 Jahre – das wird eine enorme Hypothek für die Zukunft und für die kommenden Generationen sein. Nötig ist es aus unserer Sicht an dieser Stelle selbstverständlich.

Insbesondere die Stadt Bremen wird durch die Coronapandemie mit voller Wucht getroffen. 223 Millionen Euro weniger Steuereinnahmen stehen steigenden Ausgaben gegenüber. Allein um die öffentlichen Beteiligungen wie BLG, BSAG, Flughafen, GeNo oder Messe zu stützen, werden dreistellige Millionenbeträge anfallen. Auch Bremerhaven muss mit gesunkenen Steuereinnahmen planen und auch hier muss über die Mehrbedarfe der städtischen Gesellschaften gesprochen werden. Es gibt, zum Beispiel im ÖPNV, nicht nur die BSAG, sondern es gibt auch die VGB.

(Beifall FDP)

Die beiden Stadtgemeinden werden die finanziellen Auswirkungen, die die Bewältigung der Corona-Maßnahmen mit sich bringen, nicht aus eigener Kraft bewältigen können. Das Land und der Bund sind hier gefragt, mit geeigneten Maßnahmen die Kommunen zu unterstützen und sie nicht im Regen stehen zu lassen. Die Stadtgemeinden Bremen und Bremerhaven, mit ihnen das Land und wir alle, die wir Verantwortung dafür übernehmen, stehen vor enormen Herausforderungen. In der mittelfristigen Finanzplanung fehlen Bremen auf Grundlage der aktuellen Steuerschätzung insgesamt 1,5 Milliarden Euro.

Hinzu kommt, dass das Land Bremen noch in der vergangenen Legislaturperiode einen großen Sprung gewagt und die Finanzen der Gemeinden neu geordnet hat. Die Gemeinden wurden entschuldet, der bremische Finanzausgleich neu geordnet. Dies führt zu einem deutlichen Anstieg der Schlüsselzuweisungen an die Stadtgemeinden und einer Befreiung von Zinslasten für die Stadtgemeinden Bremen und Bremerhaven. Zugleich steigen damit die Zinsausgaben des Landes deutlich und sind im Jahr 2020 fast doppelt so hoch wie die Investitionsausgaben. Damit sind, das muss uns auch allen deutlich sein, die finanziellen Spielräume im Land deutlich begrenzt. Auch das Bundesland wird, und wir haben es letzte Woche debattiert, ein zusätzliches Förderprogramm des Bundes brauchen, um durch die Krise zu kommen.

Das macht uns umso mehr Sorgen, wenn wir Ihre Leistungsbilanz ansehen, liebe rot-grün-rote Koalitionäre. Viel erreicht wurde im letzten Jahr nicht. Die wirklich wichtigen Baustellen wurden nicht angefasst, zum Beispiel der gewaltige Sanierungsstau beim Flughafen, der stetig wachsende Millionenverlust bei der GeNo. Entscheidungen bei wichtigen Stadtentwicklungsprojekten oder die katastrophalen Ergebnisse in der Bildungspolitik schieben Sie weiter vor sich her, statt Lösungen auf den Weg zu bringen.

(Beifall FDP)

Dass Sie diese Probleme nicht beherzt vor der Coronakrise angepackt haben, vergrößert unsere Probleme in der jetzigen Situation. Wir hätten vom Senat erwartet, dass er zu Beginn seiner Amtszeit diese Probleme angeht. Viel wichtiger war es Ihnen aber anscheinend zuerst einmal den Senat aufzublähen und zusätzliche Posten zu verteilen – einen Senatorinnenposten mehr plus zwei zusätzliche Staatsräte. Der Wasserkopf ist also gewachsen und das ist Ihrer machtpolitischen Balance, ich will es einmal so ausdrücken, geschuldet.

(Abgeordneter Fecker [Bündnis 90/Die Grünen]: Ich bin erschüttert!)

In Bremerhaven geht es übrigens anders: Die Koalition in Bremerhaven hat auf einen hauptamtlichen Magistratsposten verzichtet.

(Zurufe SPD, DIE LINKE)

Allein die zusammengewürfelte Zuständigkeit der Senatorin für Wissenschaft und Häfen sowie für Justiz und Verfassung macht hier deutlich, dass es

insgesamt zu einer zusammengewürfelten Situation kommt. Zusammen mit den Umstrukturierungsmaßnahmen, die das in der Verwaltung mit sich brachte, ist deutlich, dass Sie außer Kosten kaum etwas vorzuweisen haben. Von einem angeblichen Aufbruch oder einer Veränderung, von denen Sie auch in Ihren Reden gesprochen haben, erkennen wir als Freie Demokraten nichts. Im Gegenteil, ein Jahr Stillstand für Bremen und ein halbes Jahr ohne einen beschlossenen Haushalt ist die Lage im Lande Bremen, meine Damen und Herren!

(Beifall FDP – Abgeordneter Güngör [SPD]: Also heißt das, Sie haben den Entwurf nicht gelesen.)

Herr Güngör, dazu komme ich jetzt, ich habe es hier stehen. Dann Ihre Vorschläge zum Haushalt, die genauso unkonkret sind wie Ihr Antrag zum Bundeskonjunkturprogramm, letzte Woche, ich will das nicht alles wiederholen. Ihre Handlungsfelder sind ein Wunschzettel, der weder mit klaren Zielen hinterlegt, noch durchfinanziert ist.

(Abgeordneter Güngör [SPD]: Was sind denn Ihre Vorstellungen?)

Warten Sie es doch ab, Herr Güngör, ich komme noch darauf zu sprechen.

(Abgeordneter Güngör [SPD]: Ich kann es kaum abwarten!)

Hier sind weder Aufträge noch Zuständigkeiten klar definiert, Kenn- und Zielzahlen finden wir nicht, aber so werden Sie die ambitionierten Ziele, die Sie sich selbst gesteckt haben, nicht erreichen. Viele nette Absichtserklärungen, aber keine konkreten Maßnahmen, bei denen wir erkennen, dass Sie die echten Probleme, die schon vor der Coronakrise vorhanden waren, angehen.

(Abgeordneter Güngör [SPD]: Die sind ja alle in Ihrem Papier! Da schauen wir dann hinein!)

Das empfehle ich Ihnen sowieso immer, in unsere Papiere hineinzuschauen. Da sind immer gute Sachen vorhanden, Herr Güngör.

(Beifall FDP)

Ich nehme ein konkretes Beispiel, das Handlungsfeld Klimaschutz: In 2020 werden zehn Millionen Euro, in 2021 werden 20 Millionen Euro veranschlagt. Jedes Ressort darf Anmeldungen vornehmen. Am Ende bewertet das die Senatorin für Klimaschutz, Umwelt, Mobilität, Stadtentwicklung

und Wohnungsbau und macht dem Senat dann Vorschläge. Ein unglaublich verwaltungsaufwändiges Verfahren also, bei dem Streit vorprogrammiert ist. Es wird damit deutlich, dass Sie es nicht geschafft haben, sich beim Klimaschutz auf eine gemeinsame, ganzheitliche Strategie zu einigen. Die Unstimmigkeiten in der Koalition werden damit also weiter in die Zukunft vertagt. Wir dürfen gespannt sein, wie Sie sie dann tatsächlich lösen werden.

Ein anderes Thema ist die Ausfinanzierung des Wissenschaftsplans, die Sie mit Ihrem Haushalt schuldig bleiben. Dabei hat die Bürgerschaft in der letzten Legislaturperiode ein deutliches Zeichen in die Zukunft des Landes und die Fachkräftesicherung mit einem von einer großen Mehrheit getragenen Beschluss des Wissenschaftsplans gesetzt. Der wird jetzt durch Ihren Haushalt relativiert.

Der andere Bildungsbereich aber, das muss ich zugestehen, trifft auf unsere Zustimmung: Der Haushalt für Kinder und Bildung wurde deutlich erhöht, das wurde hier auch schon angesprochen. Dabei muss uns aber klar sein, dass der größte Teil hier in die Quantität, also in den Ausbau der Schulen und Kitas für mehr Kinder geht. Das ist eine erfreuliche Entwicklung, die auch entsprechend mit Geld hinterlegt werden muss. Ein weiterer Teil der Gelder geht in die Finanzierung der A13-Besoldung für alle Lehrkräfte und in die Beitragsfreiheit der Kitas. Nur ein geringer Teil geht tatsächlich dann in das, was wir dort so dringend brauchen: in die Qualität, also in die Verbesserung des Schulsystems. Hier müssen wir schauen, wie wir gemeinsam zukünftig noch stärker in Qualität in Schule und Bildung investieren können.

(Beifall FDP)

Lassen Sie mich einen Blick auf die Gegenfinanzierung werfen. Die war schon vor der Coronakrise mit Millionen Mehrausgaben auf wackeligen Füßen gebaut. Das wurde schon an Ihrem Griff in die Pensionsrücklage deutlich. Hier schöpfen Sie aus dem Vollen, ohne Rücksicht auf die kommenden Generationen.

(Beifall FDP)

Das hat für uns mit Generationengerechtigkeit nichts zu tun und wir lehnen das ausdrücklich ab. Noch schlimmer ist aber der Posten globale Minderausgaben, und da teile ich Ihre Position, Herr Rupp, ausdrücklich nicht. Man muss nicht immer um jeden Preis so viel Geld ausgeben, wie es geht

und dann im Haushaltsvollzug hoffen, dass man das Geld an anderer Stelle irgendwo einspart. Wenn man am Ende Geld übrig hat, kann man es auch in die Schuldentilgung stecken, meine Damen und Herren.

(Beifall FDP)

Jedes Jahr beträgt dieser Posten beziehungsweise im Jahr 2020 beträgt dieser Posten 75 Millionen Euro und im Jahr 2021 53 Millionen Euro. Das sind alles Millionen von Euro, die Sie irgendwo im Haushaltsvollzug zusammenbringen und einsparen müssen. Dazu kommt noch die coronabedingte Minderausgabe, für die ein völlig neuer Produktplan geschaffen wird. Damit zeigt sich doch, dass Ihre Handlungsfelder zu einem großen Teil von leeren Haushaltstiteln und zurückgelegten Mitteln für die Pensionen gegenfinanziert werden, meine Damen und Herren. So funktioniert eine seriöse Haushaltspolitik wirklich nicht.

(Beifall FDP)

Die Coronakrise wird, über das Ende des Lockdowns hinaus, weiter andauern. Die wirtschaftlichen und finanziellen Folgen werden uns wahrscheinlich noch über Jahre begleiten. Die anfänglichen Prognosen der Wirtschafts- und Finanzexperten, dass die Wirtschaft sich schnell erholen wird, werden bröckeln. Der Finanzsenator hat es vorige Woche bereits mitgeteilt: Die Wirtschaft ist in eine Rezession eingetreten.

Wir Freien Demokraten hoffen, dass nun die Wechselbeziehung zwischen einer gut laufenden Wirtschaft auf der einen Seite und guten, soliden Staatsfinanzen auf der anderen Seite jetzt auch für jeden Abgeordneten hier im Hause sichtbar werden. Alles was der Staat ausgibt, muss vorher von den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern und den Unternehmen erwirtschaftet werden. Das muss man hier einfach betonen und hier wird es uns noch einmal vor Augen geführt.

Aus unserer Sicht ist es daher nötig, Maßnahmen zur Stimulierung der Wirtschaft zu ergreifen. Ein umfassendes Konjunkturprogramm ist daher unausweichlich, wir haben letzte Woche darüber debattiert. Genauso wie die Auswirkungen der Pandemie noch nicht vollends abgeschätzt werden können, können auch der Umfang und die konkrete Ausgestaltung des Konjunkturprogramms noch nicht vollumfänglich abgeschätzt werden. Da teilen wir die Meinung, die Herr Rupp und auch andere hier gesagt haben.

Wir Freie Demokraten bevorzugen klar Entlastungen, Bürokratieabbau gegenüber Kaufprämien, staatlichen Konsumgutscheinen oder anderen Geldleistungen mit der Gießkanne. Ein guter Vorschlag ist da aus unserer Sicht eine negative Gewinnsteuer, die auch für die nächsten Monate eigentlich gesunden Unternehmen die notwendige Qualität bereitstellt.

(Beifall FDP)

Eines verbietet sich aus unserer Sicht: Die unsägliche Diskussion über Steuererhöhungen, wie sie in Teilen der Bundes-SPD und auch von der Partei DIE LINKE immer wieder laut vorgetragen wird. Das ist zu dieser Zeit ein völlig falsches Signal.

(Abgeordneter Gottschalk [SPD]: Wann ist es denn dann richtig?)

Was verbirgt sich denn hinter den fehlenden Steuern? Neben Einnahmeausfällen bei Unternehmen und damit verbundenen Ausfällen bei der Gewerbesteuer sind es doch auch Familien, junge Erwachsene, Eltern, die von Kurzarbeit betroffen sind und die Angst um ihren Arbeitsplatz haben. Es sind Solo-Selbstständige, die um ihre Existenz fürchten und auch Entscheider in Unternehmen, die jetzt nicht jedes Risiko eingehen, um ihr Unternehmen durch die Krise zu lenken. Sie alle stellen den Konsum derzeit zurück. Deswegen ist es wichtig, dass wir Vertrauen beim privaten und auch beim gewerblichen Konsum zurückgewinnen und Investitionen ankurbeln. Nur so werden wir tatsächlich gestärkt durch die Rezession hindurchkommen.

(Beifall FDP)

Steuererhöhungen ersticken solche Entwicklungen, und daher lehnen wir sie als Freie Demokraten ab. Das gilt auch für die vom Bürgermeister Dr. Bovenschulte immer wieder neu rhetorisch verkleidete Vermögensteuer. Dazu hatten wir eine ausführliche Anhörung in der letzten Legislaturperiode und im Prinzip hat sich an der Sachlage nichts geändert, zum Beispiel auch was die Vermögensbewertung angeht. Außerdem fügen wir der Wirtschaft großen Schaden zu, wenn wir Vermögen besteuern, belasten, das in Unternehmen angelegt ist. Auch das können wir in der momentanen Situation überhaupt nicht gebrauchen, es ist nämlich Gift für die Wirtschaft, meine Damen und Herren.

(Beifall FDP – Abgeordneter Gottschalk [SPD]: Sagen Sie uns dann noch, wie Sie das mit der Finanzierung machen würden?)

Gemach, gemach Herr Gottschalk, noch habe ich ein paar Minuten Redezeit.

Grundsätzlich teilen wir die Auffassung des Senats, dass auch Bremen seinen Beitrag zur Abmilderung und Verkürzung der Rezession leisten muss. Da geht es uns auch darum, die möglichen sozialen Verwerfungen so gering wie möglich zu halten. Es ist aus unserer Sicht richtig, dass für diesen Zweck und nur für diesen Zweck – so Herr Gottschalk, jetzt noch einmal für Sie – Kredite aufgenommen werden.

(Abgeordneter Gottschalk [SPD]: Wie wollen Sie die zurückzahlen?)

Deshalb, wie Sie auch schon richtig erkannt haben, geht die neue Kreditaufnahme innerhalb des Bremen-Fonds mit besonderen Dokumentations- und Darlegungspflichtigen einher. Es muss nachher bei jeder Maßnahme deutlich werden, warum diese Maßnahmen im Rahmen von Corona notwendig geworden sind. Wir werden Ihnen dabei, wie gewohnt, genau auf die Finger schauen.

Ich möchte an dieser Stelle noch einmal auf die Schuldenbremse zu sprechen kommen. Wir Freien Demokraten haben uns immer klar und deutlich für die Schuldenbremse positioniert und auch hier beweist sich, dass sie genau richtig war und ist. In der Krise zeigt sich, wie wichtig es war, im Vorfeld die öffentlichen Finanzen zu konsolidieren. Erst die Konsolidierung, die die Schuldenbremse mit sich gebracht hat, ermöglicht die derzeit umfangreichen Unterstützungsmaßnahmen zu finanzieren. Eine Ausnahme von der Schuldenbremse nach § 131a Absatz 1 der Bremischen Landesverfassung wird in außergewöhnlichen Notsituationen oder Naturkatastrophen auch ausdrücklich vorgesehen und deshalb können wir den Vorschlag des Senats an dieser Stelle auch mittragen.

Gerade jetzt wird deutlich, dass niedrige Schuldenstände, so wie Deutschland sie in den letzten Jahren hatte, helfen, in der Krise handlungsfähig zu sein. Meine Damen und Herren, es ist richtig, dass Bremen neue Kredite aufnimmt, um die Folgen der Coronakrise abzumildern. Es ist aber auch nötig, dass wir hier in Bremen über das Geldausgeben hinaus Maßnahmen treffen, die positive wirtschaftliche Effekte haben. Beispielsweise indem man über Anträge oder Auftragsvergaben schneller und einfacher entscheidet, indem man Bürokratie abbaut und Verfahren vereinfacht und schnell digitalisiert.

Ich wiederhole mich, unter diesen Voraussetzungen sind Steuererhöhungen und Spekulationen darüber das völlig falsche Signal.

Schlussendlich wird es darauf ankommen, für nachhaltiges Wirtschaftswachstum zu sorgen. In diesem Zusammenhang kann man Ihnen vorwerfen, dass Sie die Investitionsausgaben zwar steigern, aber im Verhältnis zu den Gesamtausgaben steigen sie nur schwach. Die Investitionsquote sinkt und das seit Jahren, Herr Röwekamp hatte das angesprochen.

Die wachsende Stadt lässt sich aber nur durch die richtigen Investitionen nachhaltig erreichen. Es ist an Ihnen als regierungstragende Fraktionen, diese Stadt so attraktiv zu gestalten, dass sie wächst. Was passiert in der Realität? Auch das hatte Herr Röwekamp angesprochen, gerade junge Familien wandern ab, ihnen fehlen gute Schulen oder der notwendige bezahlbare Wohnraum.

Was haben Sie als Koalition denn für die jungen Familien im Angebot? Haben Sie die notwendigen Investitionen in Infrastruktur im Angebot? Halten Sie die löchrigen Fuß- und Radwege instand? Schaffen Sie in den Schulen endlich einen akzeptablen Standard, der mindestens mit Niedersachsen vergleichbar ist? Haben Sie eine bedarfsgerechte Kinderbetreuung im Angebot, die perspektivisch jedem Kind einen Kitaplatz anbieten kann und die sich nicht weiter von Bedarfslücke zu Bedarfslücke hangelt? Wir sehen in diesem Haushalt tatsächlich keine Angebote für junge Familien und befürchten, dass sie weiter ins Umland abwandern und mit ihnen wichtige Steuereinnahmen.

(Beifall FDP – Präsident Imhoff übernimmt wieder den Vorsitz.)

Meine Damen und Herren, die Coronakrise hat deutlich gemacht, wie viele öffentlich Bedienstete für unser alltägliches Leben wichtig sind. Systemrelevant ist der Begriff, der in diesen Tagen häufig benutzt wird. Wir begrüßen in diesem Zusammenhang, dass der Senat seinen Beitrag für einen Geldbonus für die Pflegekräfte leisten will.

Ich möchte aber auch noch auf eine andere systemrelevante Gruppe hinweisen, die vom Senat seit Jahren nicht ordentlich behandelt wird, wir haben das hier mehrfach debattiert, nämlich unsere Polizei. Sie schleppt seit Jahren einen Rucksack voll Überstunden mit sich herum und bei allen schönen Worten müssen auch hier Taten folgen. Die Überstunden der Polizistinnen und Polizisten müssen

endlich durch Freizeit oder Geldleistungen abgegolten werden. Das muss in diesem Haushalt enthalten sein, meine Damen und Herren!

(Beifall FDP)

Angesichts der Tatsache, dass die aktuellen Werte nicht belastbar sind – Herr Senator Strehl hat das in seinem Redebeitrag ausführlich dargestellt –, angesichts der Tatsache, dass wir uns höchstwahrscheinlich über einen Nachtragshaushalt unterhalten werden und angesichts der Dringlichkeit, mit der wir einen Haushalt benötigen, werden wir als FDP-Fraktion für den aktuellen Haushalt nicht in dem Maße Änderungsvorschläge einreichen, wie Sie das in der Vergangenheit von uns zu Recht auch gewohnt waren und wie Sie es in der Vergangenheit auch zu Recht eingefordert haben.

Wir werden aber unsere Vorstellungen und Positionen in geeigneter Form einbringen und deutlich machen, wie und wo wir Verbesserungsbedarf sehen. Den Haushalt in seiner jetzigen Form können wir nicht mittragen. Er ist im besten Fall ein Wunschzettel, im schlechtesten Fall ist er Augenscherelei, daher lehnen wir ihn ab.

(Beifall FDP)

Eines möchte ich zum Schluss aber erwähnen. Eines muss uns allen in der Bürgerschaft vertretenen Fraktionen eine Lehre sein: Wir dürfen aus unserer Sicht nie wieder zulassen, dass uns so eine Krise in einer haushaltslosen Zeit so kalt erwischt. Die beste Vorkehrung ist, vor Beginn eines Haushaltsjahres einen Haushalt zu beschließen, auch im Wahljahr. Das müssen wir uns, egal wer nach der Wahl 2023 Verantwortung trägt, in unser Hausaufgabenheft schreiben und für das Haushaltsjahr 2024 noch im Jahr 2023 einen Haushalt beschließen. – Vielen Dank, meine Damen und Herren!

(Beifall FDP)

Präsident Imhoff: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Jürgewitz.

Abgeordneter Jürgewitz (AfD): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Es hat nun also ungefähr zehn Monate gedauert, bis der neue Senat uns hier einen neuen Haushalt für dieses Jahr präsentieren konnte. Das machte er gestern um 13:33 Uhr, rund 20 Stunden vor dieser Sitzung. Das finde ich unangemessen, nicht schön und ich hoffe, das war das letzte Mal so kurzfristig,

man kann sich letztendlich kaum darauf vorbereiten.

Aber zur Sache: Es gibt einen alten deutschen Schlager, den ich jetzt nicht vorsingen werde, das können andere Politiker besser. Der Refrain dieses Schlagers von 1949 ist brandaktuell und lautet: „Wer soll das bezahlen, wer hat das bestellt, wer hat so viel Pinkepinke, wer hat so viel Geld.“ Eigentlich müssten es die bezahlen, die das Problem verursacht haben und hier meine ich jetzt nicht China. Ich spreche vom Systemversagen der deutschen Politik, der deutschen Politiker.

Vorab schon einmal mein erster Corona-Haushalts-sanierungsvorschlag: Halbierung der Diäten für alle. Auch Friedrich Merz macht sich darüber Gedanken, wer die Rechnung am Ende bezahlen soll. Von Steuererhöhungen hält er auf jeden Fall nichts. Das sehen wir von der AfD auch so. Merz will auch grundsätzlich überdenken, welche staatlichen Ausgaben wirklich notwendig sind. „Wir sollten nach der aktuellen Krise alle staatlichen Leistungen von Bund, Ländern und Gemeinden auf den Prüfstand stellen“, sagte der frühere BlackRock und CDU-Politiker. Damit meint er Subventionen, aber auch soziale Transferleistungen, auch hier Zustimmung.

Auch der Auffassung von Merz, aktuell werde das Geld mit der Gießkanne ausgeschüttet, und zwar auf alle Unternehmen und auch auf Unternehmen, die schon vor der Krise in schwierigen Situationen gewesen sind, stimme ich zu. Wenn nur alle in der CDU so klar denken würden, aber für Bremen spielt das weniger eine Rolle, denn hier hat die CDU ja nichts zu melden, auch wenn die Rede vom Kollegen Herrn Röwekamp sicherlich sehr zielgerichtet war, aber es nutzt Bremen eben wenig.

Also jetzt zum Haushaltsvirus Corona. Was machen wir eigentlich, wenn uns zukünftig nun jedes Jahr ein Virus besucht, das die Politik veranlasst einen Shutdown auszurufen. Rückblickend hätten wir es dann schon im Jahr 2002 mit SARS zu tun gehabt, 2004 mit der Vogelgrippe, Schweinegrippe 2009, EHEC 2011, Ebola 2014 und 2018 und zuletzt der Grippewelle 2017. Allein bei dieser Grippewelle sollen 291 000 bis 646 000 Menschen gestorben sein, glaubt man, auch hier könnte ich wieder sarkastisch sein, den Tierärzten.

Warum eigentlich diese Hysterie jetzt bei Corona und nicht schon damals 2002, 2004, 2009, 2011, 2014, 2017, 2018, dann hätten wir heute den achten Shutdown. Vielleicht weil es uns heute ins Konzept

passt? Wir sterben auch wirtschaftlich nicht an Corona, sondern mit Corona. Das Virus kommt doch wie gerufen, denn die Schuldenbremse wäre ohnehin nicht einzuhalten gewesen.

Schon vor Februar 2020 kursierten vielfach Gerüchte und Spekulationen in den Medien, mit welcher Begründung diese Verfassungshürde gerissen wird. Vor allem ist es natürlich schade, dass Bremen keine Landesbank mehr hat, denn dann könnte sie vielleicht wie die EZB einfach eigenes neues Geld drucken. Vielleicht in einer neuen Währung, dem Bremer Öko-Taler aus Kohlenstoff, vielleicht wäre das eine Lösung für Bremen – raus aus dem Euro.

Ernsthaft, wir haben nicht erst seit 2008 massive Strukturprobleme in Deutschland, massive Strukturprobleme im System der europäischen Wirtschafts- und Finanzsysteme. Dies wurde bisher immer mit Billionen Euro der EZB zugeschüttet. Eine irre Verschuldung zum Nachteil Deutschlands. Jetzt erst wacht das Bundesverfassungsgericht auf. Hätte es ab 1993 seinen Auftrag erfüllt, wäre Ihnen vielleicht die AfD erspart geblieben und ich wäre jetzt in der CDU oder in der FDP. Halleluja!

(Unruhe CDU, FDP – Abgeordneter Fecker [Bündnis 90/Die Grünen]: Ich sehe schon die Begeisterung bei den Kollegen!)

Es geht aber weiter mit der deutsch-französischen Übereinkunft, den Südländern 500 Milliarden Euro zu schenken,

(Glocke)

einmal so aus Solidarität. Der deutsche Michel ist leider wirklich zu dumm, aber Marianne bekommt weiter Unterhalt oder Hartz IV für Südländer. Nicht nur wegen Corona stehen wir kurz vor dem Crash, dem Kollaps des Finanz- und Wirtschaftssystems mit Auswirkungen auf uns alle, auch hier in Bremen. Die grünen Fruchtzwerg mit ihren Klimahysterien spielen dann vermutlich keine Rolle mehr, es geht um das wirtschaftliche Überleben, letztendlich um das Fressen.

Präsident Imhoff: Herr Kollege, Sie sind deutlich über ihre Redezeit hinweg. Bitte kommen Sie zum Ende.

Abgeordneter Jürgewitz (AfD): Nun also hier in Bremen dieser 1,2 Milliarden-Topf. Kurzum: Ich werde diesen Haushalt ablehnen, ich werde aber durchaus sinnvollen Maßnahmen zustimmen und

das werden wir genau abklopfen, was denn sinnvoll ist und was nicht. – Danke schön!

Präsident Imhoff: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Beck.

Abgeordneter Beck (AfD): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Ja, kommen wir einmal wieder zurück nach Bremen. Die Rede des Kollegen Professor Hiltz fand ich sehr gut. Insgesamt stehen für den Haushalt 2020/2021 im Jahr 2020 rund 4,7 Milliarden Euro für das Land und drei Milliarden Euro für die Stadt Bremen zur Verfügung. 2021 sind Ausgaben in Höhe von 4,8 Milliarden Euro insgesamt und für die Stadt Bremen in Höhe von 3,8 Milliarden Euro eingeplant.

Nun sind aber nicht zuletzt aufgrund der Coronakrise sowie der mit diesen unsicheren Ausichten hinsichtlich der gesamtwirtschaftlichen Konsequenzen und weiteren Entwicklungen im Bundesland Bremen kaum mehr seriöse Berechnungen zu erstellen. Laut Artikel des „Weser-Kurier“ vom 15. Mai 2020, in welchem der Senator für Finanzen, Herr Strehl, bereits offen von einem Defizit in Höhe 568 Millionen Euro, Stand 15. Mai, ausgeht, sehen wir uns gezwungen, Sie mit der Frage zu konfrontieren, wie Sie einen zu erwartenden weitaus höheren Steuerausfall für unser Bundesland denn bei Eintritt dessen kompensieren wollen.

Diese Berechnungen sind in erster Linie den Wunschgedanken und Berechnungen von Herrn Finanzsenator Strehl geschuldet beziehungsweise entsprechen im besten Fall der Analysenlage zum Zeitpunkt seiner Berechnung. Zum derzeitigen Zeitpunkt können seine Berechnungen allerdings kaum noch zu seriösen Bestandsaufnahmen hinsichtlich der realistisch zu erwartenden Steuereinnahmen hinzugezogen werden.

Nun sehen wir allerdings aufgrund der nach aktueller Sachlage wesentlich höher zu erwartenden Steuerdefizite bereits das Damoklesschwert eines Milliardensteuerlochs über dem Land Bremen heraufziehen. Für diesen Fall blieb Herr Finanzsenator Strehl der Bremer Bevölkerung bisher noch jedwede Antwort schuldig, wobei wir kaum davon ausgehen, dass diese Frage nicht auch ihn bereits umtreibt.

Bereits im Vorfeld der Coronakrise war längst absehbar, dass zusätzliche Finanzierungen von Flug-

hafen, BSAG und zuvorderst GeNo g GmbH die aktuelle Haushaltsplanung so oder so über Gebühr belasten werden. Ursächlich für die Zwangslage ist das Missmanagement der SPD-geführten Vorgängerregierungen der zurückliegenden 70 Jahre, völlig unabhängig von den jeweiligen Partnerkoalitionen. Da kommt dann schon einmal eine Viruskrise wie gerufen, wenn man selbst kaum noch glaubwürdige Ausreden in Bezug auf die Haushaltsberatungen tätigt und die eigenen Fehlleistungen nur noch unter größter Not verbergen kann.

Angesichts der zu erwartenden katastrophalen Steuerentwicklung mahnen wir, auch wenn es dieser Landesregierung schwer fallen wird, von vielen der im Koalitionsvertrag verankerten rot-grün-roten Blütenträume, wie zum Beispiel Gender-Mainstreaming, Förderung des Fahrradverkehrs, autofreie Innenstadt, Gender-Budgetierung, gendergerechte Stadtplanung und queeres Leben zu fördern, bis auf weiteres seitens der Regierungskoalition vorerst deutlichen Abstand zu nehmen. Besser noch, diese Projekte politisch endlich in die rot-grün-rote Mottenkiste zu verabschieden.

Was es derzeit stattdessen braucht, ist die sofortige und wesentlich effektivere Unterstützung aller durch die Krise betroffenen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, Unternehmen sowie Selbstständigen und Freiberufler sowie ein deutliches Bekenntnis zu einer pragmatischen und bedarfsgerechten Wirtschaftsförderung und Wirtschaftssicherung im Lande Bremen.

Die Krise zeigt auf, dass die Digitalisierung, trotz aller Schwierigkeiten, sofort ausgebaut und weiterentwickelt werden muss, da auf das mit ihr einhergehende Zukunftspotenzial nicht verzichten werden kann und darf. Deshalb fordert die AfD den 5G-Ausbau anstatt Gender-Mainstreaming.

(Lachen Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Es ist aus seiner Sicht nachvollziehbar, dass der Senat den 1,2 Milliarden Euro Geldstrom vom Bund kaum erwarten kann, um diesen Finanzreigen, wie bereits angedacht, seinem eigentlichen Zweck zu entfremden, um die hinlänglich so bekannten selbstverschuldeten Finanzlöcher der Vergangenheit stopfen zu können. Angemerkt sei in diesem Zusammenhang noch die Feststellung, dass auch durch diesen Gebrauch der entsprechenden Hilfen keinerlei Sanierungseffekte eintreten werden, sondern es lediglich wieder einmal bei der gewohnten Finanzkosmetik von rot-grün-rot verbleiben wird.

Illusionen hierüber wären also völlig unangebracht.

Die Vorgängerin von Herrn Finanzsenator Strehl und ebenfalls Grünen-Politikerin Frau Linnert bewies während ihrer Amtszeit bereits eindrucksvoll, dass sie kaum in der Lage war, ein Finanzressort auf der Höhe der Zeit zu führen. Verehrter Herr Senator Strehl, bitte gehen Sie in sich und entscheiden Sie für sich selbst sowie für unser Land Bremen, ob sie dieser traurigen Tradition Folge leisten wollen. – Danke, sehr geehrte Damen und Herren!

Präsident Imhoff: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen jetzt zu den Abstimmungen über die Vorlagen zum Haushalt 2020 und 2021.

Es ist vereinbart worden, bei den Haushaltsgesetzen zuerst die erste Lesung durchzuführen, um im Anschluss daran über die Überweisung an den staatlichen Haushalts- und Finanzausschuss und an die Ausschüsse, deren Aufgabenbereiche betroffen sind, abzustimmen.

Als Erstes lasse ich in erster Lesung über das Haushaltsgesetz der Freien Hansestadt Bremen für das Haushaltsjahr 2020 abstimmen.

Wer das Haushaltsgesetz der Freien Hansestadt Bremen für das Haushaltsjahr 2020 mit der Drucksachen-Nummer [20/394](#) in erster Lesung beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen.

(Dafür SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Ich bitte um die Gegenprobe.

(Dagegen CDU, FDP, M.R.F., Abgeordneter Beck [AfD], Abgeordneter Jürgewitz [AfD])

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster Lesung.

Jetzt lasse ich über das Haushaltsgesetz der Freien Hansestadt Bremen für das Haushaltsjahr 2021 in erster Lesung abstimmen.

Wer das Haushaltsgesetz der Freien Hansestadt Bremen für das Haushaltsjahr 2021 mit der Drucksachen-Nummer [20/394](#) in erster Lesung beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen.

(Dafür SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Ich bitte um die Gegenprobe.

(Dagegen CDU, FDP, M.R.F., Abgeordneter Beck [AfD], Abgeordneter Jürgewitz [AfD])

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster Lesung.

Bei den Vorlagen zum Haushalt 2020 und 2021 ist Überweisung an den staatlichen Haushalts- und Finanzausschuss (federführend) sowie an die Ausschüsse, deren Aufgabenbereiche betroffen sind, vorgesehen. Dies sind der Rechtsausschuss, der Ausschuss für Angelegenheiten der Häfen im Lande Bremen, der Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten, internationale Kontakte und Entwicklungszusammenarbeit, der Ausschuss für Wissenschaft, Medien, Datenschutz und Informationsfreiheit, der Ausschuss für die Gleichstellung der Frau und der staatliche Controllingausschuss.

Ich lasse jetzt über die Überweisungen abstimmen.

Wer der Überweisung der Haushaltsgesetze der Freien Hansestadt Bremen für die Haushaltsjahre 2020 und 2021 mit der Drucksachen-Nummer [20/394](#), der Haushaltspläne für die Haushaltsjahre 2020 und 2021 (Produktgruppenhaushalte, kamerale Haushalte einschließlich der maßnahmenbezogenen Investitionsplanung, produktgruppenorientierte und kamerale Stellenpläne, Wirtschaftspläne der Eigenbetriebe, Sonstigen Sondervermögen, Stiftungen und Anstalten öffentlichen Rechts sowie Sonderhaushalte) zur Beratung und Berichterstattung an den staatlichen Haushalts- und Finanzausschuss (federführend) und die eben genannten Ausschüsse seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen.

(Dafür CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE, FDP)

Ich bitte um die Gegenprobe.

Stimmenthaltungen?

(M.R.F., Abgeordneter Beck [AfD], Abgeordneter Jürgewitz [AfD])

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) überweist entsprechend.

Jetzt lasse ich über die Überweisung des Haushaltsporträts 2020/2021 abstimmen.

Wer der Überweisung des Haushaltsporträts 2020/2021 mit der Drucksachen-Nummer [20/394](#) zur Beratung und Berichterstattung an den staatlichen Haushalts- und Finanzausschuss seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen.

(Dafür CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE, FDP)

Ich bitte um die Gegenprobe.

Stimmenthaltungen?

(M.R.F., Abgeordneter Beck [AfD], Abgeordneter Jürgewitz [AfD])

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) überweist entsprechend.

Zum Schluss lasse ich über die Überweisung des Finanzplans 2019 bis 2023 mit maßnahmenbezogener Investitionsplanung abstimmen.

Wer der Überweisung des Finanzplans 2019 bis 2023 mit maßnahmenbezogener Investitionsplanung zur Beratung und Berichterstattung an den staatlichen Haushalts- und Finanzausschuss seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen.

(Dafür CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE, FDP)

Ich bitte um die Gegenprobe.

Stimmenthaltungen?

(M.R.F., Abgeordneter Beck [AfD], Abgeordneter Jürgewitz [AfD])

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) überweist entsprechend.

Außerdem möchte ich Sie um Ihr Einverständnis bitten, dass die bei der Verwaltung der Bremischen

Bürgerschaft noch eingehenden Anträge und Änderungsanträge zu den Haushalten 2020 und 2021 unmittelbar an den staatlichen Haushalts- und Finanzausschuss sowie die entsprechenden Ausschüsse weitergeleitet werden. Die Ausschüsse werden gebeten, dem staatlichen Haushalts- und Finanzausschuss Bericht zu erstatten, und dieser wiederum wird gebeten, der Bürgerschaft (Landtag) einen Gesamtbericht vorzulegen.

Ich stelle Einverständnis fest.

Meine Damen und Herren, damit haben wir diesen Tagesordnungspunkt abgearbeitet. Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit und schließe die Sitzung.

(Schluss der Sitzung 12:46 Uhr)